



Heimat. Herz. Hannover.

POLITIK FÜR HANNOVER

Unser Programm
zur Kommunalwahl am
12. September 2021

afd-hannover.de
afd-hannover-land.de





Vorwort

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist die Bewegung vieler verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich auf allen Handlungsebenen in der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder, Kommunen) gebildet hat, um den gravierenden Fehlleistungen einer abgehobenen und verselbstständigten Führungselite entgegenzusteuern.

Unsere Stadt und unsere Region haben wichtige Beiträge zur Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt geleistet. Gottfried Wilhelm Leibniz, der letzte Universalgelehrte und Namensgeber unserer Universität, war einer der bedeutendsten Philosophen des ausgehenden 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts sowie einer der wichtigsten Vordenker der Aufklärung. Karl Jatho, unser heimischer Flugpionier, soll einer der ersten Menschen gewesen sein, die einen motorisierten Flug durchgeführt haben. Elly Beinhorn hat dann später mit ihren Afrikaflügen, Weltumrundungen und sonstigen Rekordflügen das Potential der Fliegerei deutlich gemacht und gezeigt, welche großartigen Leistungen Frauen vollbringen können. Der Hannoveraner Emil Berliner hat die Schallplatte erfunden und damit Sprache und Musik zum ersten Mal dauerhaft konservierbar und transportabel gemacht. Hermann Bahlsen entstammt einer in Hannover alteingesessenen Tuchhändler- und Goldschmiedefamilie und hat etwas erfunden, was viele von uns täglich begleitet: „Was isst die Menschheit unterwegs? Na selbstverständlich Leibniz-Keks!“



An diese großartigen Beiträge wollen wir anknüpfen. Die Alternative für Deutschland ist die neue politische Kraft im 21. Jahrhundert, die die Interessen der Familien und der arbeitenden Bevölkerung in den Fokus der Politik stellt und das ideologische Schubladendenken vergangener Jahrzehnte beenden wird, auch in der Landeshauptstadt Hannover.

Wir sind Hannoveraner Bürger, die mit Sorge sehen, wie die überkommenen Parteien auch in Hannover durch Inkompetenz, Vetternwirtschaft und ideologische Verblendung für Fehlentwicklungen sorgen, an denen die Bevölkerung lange zu tragen haben wird. Beispielhaft wollen wir hier die weiter verfallende Infrastruktur der öffentlichen Schulen, die Wohnungspolitik, die beängstigende Entwicklung der regionalen Krankenhausversorgung im Klinikum Region Hannover sowie die Kriminalitätsentwicklung nennen. Die seit 2015 im Grundsatz unveränderte Asylpolitik hat auch für Hannover eine weiterhin erhebliche Zuwanderung in das Sozialsystem zur Folge, wodurch diese Fehlentwicklungen weiter massiv verschärft werden. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen der Lockdown-Krise, welche die etablierte Politik durch ihre hysterischen, unausgewogenen und teils willkürlich erscheinenden Maßnahmen maßgeblich zu verantworten hat, kommen verschärfend hinzu.

Die Alternative für Deutschland ist mit 8,6 Prozent der Stimmen bei den Kommunalwahlen im Herbst 2016 als politisches Korrektiv erstmals in den Rat der Landeshauptstadt Hannover eingezogen. Seitdem hat die AfD-Ratsfraktion unter anderem mit weit über 300 Anträgen auf allen kommunalpolitischen Themenfeldern Vorschläge unterbreitet, wie die Verwaltungsleistung der Landeshauptstadt für die Bürger verbessert werden kann.



Eine Zusammenarbeit mit der AfD auf der Sachebene ist leider jedoch bislang von allen anderen Parteien kategorisch ausgeschlossen worden, sämtliche Anträge werden pauschal abgelehnt. Dennoch sind in den vergangenen fünf Jahren einige wichtige Entscheidungen zum Wohl der hannoverschen Bürger getroffen worden, die sicherlich auch auf den politischen Druck und die Angst der Etablierten vor einem weiteren Erstarken der AfD zurückzuführen sind: Beispielhaft sind hier die Abschaffung der Kita-Gebühren, die Aufhebung von Straßenausbaubeiträgen sowie die Angleichung bei der Unterbringung von Obdachlosen an den Standard von „Flüchtlingen“ zu nennen.

Die Alternative für Deutschland ist eine mutige und basisdemokratische Volkspartei, in der alle Berufsgruppen und Bildungsniveaus gleichberechtigt zusammenwirken. Sie richtet sich an alle Menschen in der Stadt, die sich unser Land nicht von einer ideologisierten Minderheit zerstören lassen wollen.

Unterstützen Sie uns!

**Machen Sie Deutschland wieder zu Ihrem Land
und Hannover zu Ihrer Stadt.**



1. DIREKTE DEMOKRATIE 13

1.1 Direkte Demokratie in der Kommune leben – für mehr Bürgerentscheide und Einwohnerbefragungen13

1.2 Der Bürger ist Souverän und nicht Untertan – Respekt vor dem Bürgerwillen statt ideologischer Bevormundung14

1.3 Mehr Bürgernähe – politische Entscheidungen für den Bürger transparenter machen.....15

1.4 Finanzierung der Kommunen sicherstellen – für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.....16

2. WOHNUNGSPOLITIK 17

2.1 Der Wohnungsmarkt in Hannover ist bereits angespannt – illegale Zuwanderung ist zu beenden17

2.2 Der Zuwachs von Wohnungen lebt von privatem Engagement – für ein investitionsfreundliches Klima ohne überbordende Bauvorschriften18

2.3 Hannover kann nicht unendlich wachsen – für eine Stadtverdichtung mit Augenmaß20

2.4 Eine erfolgreiche Gesellschaft lebt von Solidarität – für eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus.....20

2.5 Für spürbare Erleichterungen beim Erwerb von Wohneigentum – unsere Bürger müssen steuerlich entlastet werden, zum Beispiel durch den Erlass der Grundsteuer21



3. FAMILIENPOLITIK..... 22

3.1 Für eine Stärkung der traditionellen Familie –
überbordende Förderung der Gender-Ideologie beenden....22

3.2 Staatliche Kinderbetreuung muss der Individualität der
Familien gerecht werden – für den Erhalt der freien
Wahlmöglichkeit bei der Kinderbetreuung22

3.3 Familien haben Vorrang – für eine stärkere finanzielle
Entlastung der Familien bei der städtischen Kinderbetreuung
.....23

3.4 Übernahme der Erziehungsaufgaben durch den Staat
zurückschrauben – Familien mehr Freiräume für eine
eigenverantwortliche Erziehung schaffen, insbesondere im
Frühkindbereich.....24

3.5 Erst Scheidung, dann Armut – Alleinerziehende müssen
stärker unterstützt werden25

4. VERKEHR UND MOBILITÄT 26

4.1 Für einen ideologiefreien Verkehrsmix – gegen staatliche
Bevormundung bei der Wahl des Verkehrsmittels26

4.2 Freie Fahrt für freie Bürger – individuelle Mobilität hat
auch in der Zukunft ihren berechtigten Platz.....26

4.3 Innerstädtischen Einzelhandel schützen – gegen das
Konzept einer autofreien Innenstadt.....27

4.3 Vorwiegend oberirdische Stadtbahnen sind kein
langfristiges Zukunftsmodell – für eine Erweiterung des
Tunnelnetzes, wo immer dies möglich ist27



4.4 Ein attraktiver ÖPNV lebt von Vernetzung – für den Bau neuer S-Bahnhöfe mit Umsteigemöglichkeiten im Stadtgebiet28

4.6 Radverkehr in Hannover noch attraktiver und sicherer machen – für einen flächendeckenden Ausbau des Radwegenetzes.....29

5. WIRTSCHAFT 30

5.1 Kehraus nach den „Lockdowns“ – welche Verantwortung haben Politik und Verwaltung für die Folgen der Lockdown-Maßnahmen?30

5.2 Den Wirtschaftsstandort Hannover stärken – für den Erhalt und die stete Fortentwicklung einer zukunftssichernden Infrastruktur30

5.3 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Kommune – für ein wirtschaftsfreundliches Politikklima ohne ideologisch motivierte Auflagen und ausufernde Bürokratie31

5.4 Städtische Monopole verantwortungsvoll gestalten – durch effizientes Wirtschaften dem Bürger preisgünstige Leistungen anbieten32

5.5 Den heimischen Mittelstand stärker in den Fokus nehmen – für eine bevorzugte Auftragsvergabe an lokale Unternehmen im Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten33

5.6 Halal-Messe statt Cebit? – Hannovers inter-nationales Ansehen als Messestandort wiederherstellen.....34



6. FINANZEN UND VERWALTUNG	36
6.1 Haushaltspolitik muss auf die nachfolgenden Generationen Rücksicht nehmen – für einen sofortigen Stopp der rot-grünen Schuldenpolitik.....	36
6.2 Konzentration auf das Wesentliche – generelle Überprüfung der städtischen Ausgabeposten auf Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit.....	37
6.3 Effiziente Stellenplanung – weitere Aufblähung des Verwaltungsapparats stoppen	37
6.4 Die Landeshauptstadt ist politisch neutral – generelle Überprüfung der städtischen Zuwendungsempfänger auf Förderungswürdigkeit im öffentlichen Interesse.....	38
6.5 Gießkannenprinzip bei der Zuwendungsvergabe beenden – für eine wirksame Erfolgs- und Zweckmäßigkeitkontrolle der von der Stadt geförderten Organisationen, Projekte und Initiativen.....	39
6.6 Reform städtischer Gremien – für eine Reduzierung der Ausschüsse, Beiräte und Kommissionen auf Rats- und Bezirksratsebene.....	40
6.6 Bund der Steuerzahler: „Fördermittel auf ein vernünftiges Maß begrenzen“ – für eine Kürzung der üppigen Zuwendungen an die Ratsfraktionen	42
6.7 Der Kunde ist König – Aufhebung der verpflichtenden Terminvergabe in den Bürgerämtern.....	43
6.8 Kein Ideologiezwang in der Sprache – Aufhebung der Gender-Sprachvorschriften der Landes-hauptstadt Hannover	44



7. ÖFFENTLICHE ORDNUNG 45

7.1 Sauberkeit ist die kleine Schwester der Sicherheit – entschlossen gegen die Vermüllung des öffentlichen Raums vorgehen45

7.2 Der Hauptbahnhof ist ein Aushängeschild unserer Stadt – ausufernder Drogenszene und Vermüllung wirksam entgegentreten46

7.3 Ohne Sicherheit keine Freiheit – Hannovers Bürger sollen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit überall wohl und sicher fühlen können.....48

7.4 Rechtsfreie Räume dürfen nicht toleriert werden –Recht und Gesetz konsequent durchsetzen49

7.5 Der städtische Ordnungsdienst hat sich bewährt – seine Präsenz in den Stadtteilen sollte verstärkt werden50

8. BILDUNG 51

8.1 Ein Gemeinwesen benötigt Identifikation – für die Vermittlung eines positiven Werte- und Gesellschaftsbildes in den städtischen Bildungseinrichtungen51

8.2 Kinder vor Ideologie schützen – Genderwahn ist nicht jugendfrei52

8.3 Zurück zum dreigliedrigen Schulsystem – Gesamtschulausbau in Hannover stoppen52

8.4 Förderschulen im Stadtgebiet wieder reaktivieren – gegen eine falsch verstandene Radikalinklusion53

8.5 Nachfolgende Generationen in den Mittelpunkt stellen – für Lehrmittelfreiheit und freies Schulesen54



8.6 An Schulen, in denen es von der Decke tropft, lernt es sich schlecht – Schulsanierung noch entschiedener in Angriff nehmen	54
8.7 Für eine ausgewogene Mischkost an unseren Schulen und Kitas – gegen religiöse und grün-ideologische Speiseverbote	55
8.8 Hannovers Schulen müssen zukunftsfähig werden – für die unverzügliche Umsetzung eines tragfähigen Medien- und Digitalisierungskonzeptes	56
9. KULTUR UND SPORT	57
9.1 Kulturelle Überlieferung lebendig halten – für eine Förderung von identitätsstiftender Brauchtumpflege	57
9.2 Erfolgreiche Integration erfordert ein positives Selbstbild – für eine Stärkung der Identifikation mit unserer Heimat	57
9.3 Wir sagen Ja zur Religionsfreiheit – Aber Nein zum Muezzin-Ruf in Hannover	59
9.4 Vereine sind maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft – Schließung von Sportstätten ist kurzsichtiger Aktionismus – für eine stärkere Vernetzung zwischen Vereinen sowie Schulen und Kitas	60
9.5 Das Schützenfest ist ein gesellschaftlicher und kultureller Höhepunkt unserer Stadt – wir wollen diese Tradition in die Zukunft tragen	61
9.6 Hannover ist Sportstadt – Spitzen- und Breitensport gleichermaßen fördern	62



10. SOZIALES 63

10.1 Eine gespaltene Stadtgesellschaft wird auf Dauer nicht erfolgreich sein – für eine stärkere soziale Durchmischung in den Stadtteilen63

10.2 Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen erhalten – für die Schaffung umfassender Angebote im Bereich der gemeinnützigen Arbeit.....64

10.3 Die Stadtkasse ist kein Selbstbedienungsladen – für eine systematische Überprüfung der Anspruchsberechtigten von Sozialleistungen65

10.4 Übernahme von Verantwortung auch gegenüber den älteren Bürgern – für den Erhalt und die Stärkung kommunaler Fürsorgeprogramme für Senioren66

10.5 Kindern und Jugendlichen auf die richtige Bahn helfen – für eine stärkere Qualitätskontrolle bei den Angeboten der Jugendarbeit67

10.6 Eine funktionierende Gesellschaft darf niemanden vergessen – für die Schaffung angemessener Verhältnisse bei der Unterbringung von Obdachlosen67

10.7 Eine menschenwürdige Unterbringung von Obdachlosen ist auch eine Frage der Anzahl – gegen eine Überforderung der Kapazitäten durch EU-Armutszuwanderung68



11. UMWELT 70

11.1 Umweltschutz statt Klimahysterie – Ganzheitliche
Umweltpolitik statt Millionenausgaben für fragwürdige
Ideologie.....70

11.2 Die "Energiewende" ist ein teurer und gefährlicher Unfug
– ohne konventionelle Kraftwerke geht es nicht.....71

11.3 Schützt unsere Kleingärten – Verdichtung muss auch
auf diese städtischen Naturräume Rücksicht nehmen72

11.4 Für ein eine Verbesserung unseres Stadtklimas – mehr
Grün im öffentlichen Raum.....73

11.5 Eine Stadt muss „atmen“ – für ein umfassendes
Programm zur Entsiegelung von Bodenfläche im Stadtgebiet
.....73

11.6 Insekten sind unverzichtbarer Bestandteil unseres
Ökosystems – für die Erhaltung und die Schaffung
insektenfreundlicher Lebensräume.....74

12. WAHLAUFRUF 75



1. DIREKTE DEMOKRATIE

1.1 DIREKTE DEMOKRATIE IN DER KOMMUNE LEBEN – FÜR MEHR BÜRGERENTSCHEIDE UND EINWOHNERBEFRAGUNGEN

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dieser Anspruch wird nicht ausreichend damit erfüllt, dass Wähler alle vier oder fünf Jahre ein Kreuz machen, sonst aber kaum Möglichkeiten haben, auf politische Entwicklungen und Entscheidungen auf kommunaler Ebene direkten Einfluss zu nehmen. Immer mehr Bürger resignieren, ziehen sich auf die Position „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“ zurück. Dagegen hilft nur: Mehr direkte Demokratie wagen!

Die Niedersächsische Kommunalverfassung sieht vor, dass der Rat der Landeshauptstadt Hannover Einwohnerbefragungen durchführen kann. Hierbei handelt es sich um ein wichtiges Instrument, um die Auseinandersetzung mit konkreten Sachfragen der Kommune zu fördern und das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen, dem man angehört, zu stärken. Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, dass die hannoverschen Bürger durch Einwohnerbefragungen deutlich mehr als bisher in zentrale kommunale Entscheidungen, wie die Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Straßen, die Verwirklichung von großen Bauprojekten sowie nicht zuletzt die Umbenennung von Straßen, einbezogen werden.

Als zweites wichtiges Element der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene sieht die Niedersächsische Kommunalverfassung Bürgerentscheide infolge eines Bürgerbegehrens vor. Insbesondere durch das hohe Quorum



und Themenausschlüsse werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jedoch oft behindert. Die kommunalen Mandatsträger der AfD Hannover fordern den Niedersächsischen Landtag auf, die Hürden für Bürgerbegehren deutlich zu senken. Zudem soll die Niedersächsische Kommunalverfassung um die Möglichkeit ergänzt werden, dass auch der Rat selbst – ohne vorausgehendes Bürgerbegehren – die Durchführung eines verbindlichen Bürgerentscheids beschließen kann, wie dies bereits in vielen Gemeindeordnungen anderer Bundesländer verankert ist.

1.2 DER BÜRGER IST SOUVERÄN UND NICHT UNTERTAN – RESPEKT VOR DEM BÜRGERWILLEN STATT IDEOLOGISCHER BEVORMUNDUNG

Die vergangenen Jahre zeigen auch auf kommunaler Ebene die zunehmende Tendenz der etablierten Parteien, die Bürger ideologisch bevormunden zu wollen, anstatt ihren Willen ernst zu nehmen. So wurde beispielsweise die Umbenennung der geschichtsträchtigen Hindenburgstraße beschlossen, obwohl sich eine deutliche Mehrheit der Anwohner im Rahmen einer örtlichen Umfrage für die Beibehaltung des Namens ausgesprochen hatte. Auch hat sich zum Beispiel im Rahmen des Bauprojekts „Wiesenstraße“ gezeigt, dass Bürgerinitiativen von Vertretern der etablierten Parteien vermehrt ignoriert und verunglimpft werden.

Die AfD in Hannover wird sich dafür einsetzen, dass dem Bürgerwillen auch auf kommunaler Ebene wieder stärker Respekt gezollt wird. Die Bürger von Hannover sind mündig genug, um kommunalpolitische Entscheidungen selber zu treffen. Die Umsetzung des Bürgerwillens hat für die



kommunalen Volksvertreter der AfD Hannover deshalb oberste Priorität. Die politischen Eliten sollten der eigenen Bevölkerung nicht länger mit ideologisch und machtpolitisch bedingtem Misstrauen gegenüberstehen!

Im Corona-Doppeljahr 2020/2021 ist der überwunden geglaubte Obrigkeitsstaat, der seine Bürger als Untertanen sieht, wieder einmal deutlich zu Tage getreten. Anstatt ausgewogen und nachvollziehbar zu informieren, hat auch in Hannover die Politik Angst und Hysterie verbreitet. Sie hat oftmals unlogische und vielfach unverhältnismäßige Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten durchgesetzt, ohne dass sie diese mit einer soliden wissenschaftlichen Datenbasis untermauern konnte. Als Partei der Bürgerrechte stellt sich die AfD Hannover auch solchen pauschalen und nicht ausreichend begründeten Freiheitseinschränkungen entschlossen entgegen.

1.3 MEHR BÜRGERNÄHE – POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN FÜR DEN BÜRGER TRANSPARENTER MACHEN

Ein transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln ist essentiell, um Misstrauen abzubauen und Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken. Die AfD Hannover fordert eine Veröffentlichung von allen relevanten Daten und Informationen aus Politik und Verwaltung, insbesondere mit Haushaltsbezug, zur freien Nutzung, soweit dies unter der Wahrung von Persönlichkeitsrechten zulässig ist. Die Daten sollen auf den städtischen Webseiten für den Bürger anschaulich und eingängig präsentiert werden. Auch von der städtischen Verwaltung gesammelte oder in Auftrag gegebene Forschungsdaten und -ergebnisse sind dort frei zugänglich zu machen.



Ebenfalls fordert die AfD Hannover die Einrichtung eines Internet-Live-Streams für die Ratsversammlungen, um hannoverschen Bürgern die Informationen über kommunale Entscheidungen und die von den Parteien vertretenden Meinungen zu erleichtern. Die Film- und Tonaufnahmen der Ratsversammlungen sind im Rahmen einer Mediathek auf der städtischen Webseite zur Verfügung zu stellen.

1.4 FINANZIERUNG DER KOMMUNEN SICHERSTELLEN – FÜR EINE STÄRKUNG DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG

Die AfD Hannover bekennt sich uneingeschränkt zur kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Grundgesetz. Damit die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft gesichert und verbessert werden kann, strebt sie mittelfristig die Stärkung der Souveränität der Kommunen an. Dazu gehört zum einen die Rückverlagerung öffentlicher Aufgaben. Es dient der Freiheit, der Verantwortlichkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen, wenn jede Aufgabe und jedes Problem auf der niedrigsten möglichen Ebene gelöst werden.

Zum anderen ist eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, um ihnen mehr Gestaltungsspielraum zur eigenverantwortlichen Erfüllung lokaler Aufgaben zukommen zu lassen. Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD deshalb die kommunale Selbstverwaltung stärken; mit dem Ziel stetiger und planbarer Einnahmen für die Kommunen. Dabei sollen durch eine Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugesprochen werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommt.



2. WOHNUNGSPOLITIK

2.1 DER WOHNUNGSMARKT IN HANNOVER IST BEREITS ANGESPANNT – ILLEGALE ZUWANDERUNG IST ZU BEENDEN

Aktuelle Analysen zum hannoverschen Wohnungsmarkt sind alarmierend. Die Mieten sind derart stark gestiegen, dass sich ein Drittel der Haushalte in der Stadt keinen Wohnungswechsel mehr leisten kann. Schon eine nur 60 Quadratmeter große Durchschnittswohnung kostet inzwischen knapp 600 Euro Kaltmiete – zuzüglich aller Nebenkosten. Für die arbeitende Bevölkerung mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1500 Euro, und das ist fast ein Drittel der hannoverschen Bevölkerung, bedeutet das „eine Überbelastung der Haushalte durch Wohnkosten“, heißt es in einer Studie der Stadt zum Wohnungsmarkt.

Wenn dieses Thema im Stadtrat oder auch im Bauausschuss auf der Tagesordnung steht, wollen die etablierten Parteien nur über Symptome, aber nie über die Ursachen sprechen. Denn die Hauptursachen für die hohen Wohnkosten liegen in ihrer Politik begründet: preistreibende Klimapolitik, Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und fortgesetzte Massenzuwanderung. Zum Jahreswechsel 2020/2021 hat die sog. CO₂-Steuer die Heizkosten weiter erhöht. Bereits zuvor war das Bauen von günstigem Wohnraum angesichts enormer Klimaschutzauflagen kaum mehr möglich. Die Niedrigzinspolitik der EZB führt bereits seit Jahren zu einer Preisinflation, insbesondere im Immobilienbereich. Jungen Familien wird der Erwerb eines Eigenheims zunehmend unerschwinglich gemacht.



Die seit Jahren geduldete und seit 2015 dramatisch beschleunigte Massenzuwanderung treibt den Preis im Mietwohnungsbereich zusätzlich massiv nach oben. In den vergangenen Jahren sind der Stadt Hannover vom Land Niedersachsen viele Tausend „Flüchtlinge“ zugewiesen worden, und der Zustrom setzte sich auch nach dem Höhepunkt der "Flüchtlingskrise" 2015/2016 massiv fort. Noch im Mai 2018 waren es monatlich rund 180 Personen, im Jahr Gesamtjahr 2020 immer noch knapp 1100. Und Monat für Monat kommen etwa 80 weitere hinzu.

Ein großer Teil dieser „Flüchtlinge“ drängt letztlich auf den hannoverschen Wohnungsmarkt und konkurriert dort mit denen, „die schon länger hier leben“, um den ohnehin schon knappen Wohnraum. Ein Rückgang der Zuzugszahlen für die Zukunft ist nicht absehbar. Der Wohnungsmarkt in Hannover ist jedoch bereits derart angespannt, dass er eine weitere unkontrollierte Zuwanderung nicht verkraften kann. Die AfD Hannover strebt daher an, dass für die Landeshauptstadt Hannover ein Zuzugsstopp nach dem Vorbild der Stadt Salzgitter verhängt wird.

2.2 DER ZUWACHS VON WOHNUNGEN LEBT VON PRIVATEM ENGAGEMENT – FÜR EIN INVESTITIONSFREUNDLICHES KLIMA OHNE ÜBERBORDENDE BAUVORSCHRIFTEN

Um den hannoverschen Wohnungsmarkt mittelfristig zu entspannen, müssten nach Erhebungen der Region Hannover im Regionsgebiet bis zum Jahr 2025 im Idealfall mehr als 28.000 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen werden. Auch im Stadtgebiet ist es daher dringend erforderlich, dass seitens der Kommunalpolitik die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine möglichst schnelle Errichtung von



zusätzlichem Wohnraum zu fördern. Die AfD wird sich in Hannover mit Nachdruck dafür einsetzen, ein investitionsfreundlicheres Klima zu schaffen, um das private Bauen wieder attraktiver zu gestalten.

Viele Vorhaben werden durch ein Gestrüpp von Verfahrensvorschriften unnötig verzögert und verteuert. Das städtische Bauamt darf sich aber nicht zu einer Bauverhinderungsbehörde entwickeln. Private Initiative im Baubereich muss gefördert, nicht behindert werden. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Genehmigungsprozesse insbesondere durch die zügige Einführung eines digitalen Genehmigungsverfahrens deutlich optimiert werden. Weiterhin ist es zwingend erforderlich, überbordende Bauvorschriften auf das notwendige Maß zu reduzieren, zum Beispiel im Bereich übertriebener Brandschutzvorschriften, die derzeit den Ausbau einer Vielzahl von Dachgeschosswohnungen im Stadtgebiet verhindern. Bauen muss wieder einfacher und preisgünstiger werden!

Bundesweit bringt die etablierte Politik zudem zunehmend Instrumente wie Mietpreisbremse, Milieuschutz und Enteignungsphantasien ins Spiel. Durch sie werden private Investoren jedoch weiter verunsichert und damit die Entwicklung von Bestandsimmobilien verhindert. Die AfD Hannover erteilt all diesen unverhältnismäßigen Eingriffen in das private Eigentumsrecht eine deutliche Absage!



2.3 HANNOVER KANN NICHT UNENDLICH WACHSEN – FÜR EINE STADTVERDICHTUNG MIT AUGENMAß

Seitens der etablierten Politik wird regelmäßig der unlautere Versuch unternommen, den Bürgern zu suggerieren, es könnte beliebig viel neuer Wohnraum zur Aufnahme weiterer Personen im Stadtgebiet geschaffen werden. Zu einer realistischen Einschätzung der städtebaulichen Entwicklung Hannovers gehört allerdings auch, die Tatsache anzuerkennen, dass die Flächenressourcen begrenzt sind. Hannover wird nicht ins Unendliche wachsen können!

Die AfD Hannover wird sich deshalb für eine bauliche Verdichtung mit Augenmaß einsetzen, die Rücksicht auf die Endlichkeit natürlicher Ressourcen nimmt. Die AfD will ausreichende Grün- und Naturflächen im Stadtgebiet und die damit einhergehende Lebensqualität bewahren. Ziel der AfD ist eine maßvolle Verdichtung, welche vor allem die Aufstockung bestehender Gebäude bevorzugt, um schnell zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

2.4 EINE ERFOLGREICHE GESELLSCHAFT LEBT VON SOLIDARITÄT – FÜR EINE AUSWEITUNG DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS

Für die solidarische Stadtgesellschaft Hannovers ist es nicht hinnehmbar, dass Bürger mit niedrigem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens entrichten müssen. Die AfD Hannover setzt sich deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird und bevorzugt hierbei die Förderung von Genossenschaften.



Die Regelung des derzeitigen Wohnraumförderprogramms, nach welcher für alle Neubaugebiete nicht mehr 25 Prozent, sondern 30 Prozent geförderte Wohnungen vorzusehen sind, ist zudem auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten.

2.5 FÜR SPÜRBARE ERLEICHTERUNGEN BEIM ERWERB VON WOHNEIGENTUM – UNSERE BÜRGER MÜSSEN STEUERLICH ENTLASTET WERDEN, ZUM BEISPIEL DURCH DEN ERLASS DER GRUNDSTEUER

Die AfD Hannover will den Erwerb von Wohneigentum insbesondere für Familien erleichtern. Hierfür sollen auf kommunaler zinslose Darlehen und weitere Zuschüsse bereitgestellt werden. Zudem wird sich die AfD Hannover auf Landesebene dafür stark machen, die Grunderwerbsteuer zu erlassen.

Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD zudem die herkömmliche Grundsteuer abschaffen, wobei eine Gegenfinanzierung durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer sichergestellt werden soll. Hierdurch wird sich für die Kommunen der Erhebungsaufwand verringern, und für die Bürger wird der Erwerb von Grundeigentum attraktiver. Außerdem werden auch die Mieter durch niedrigere Nebenkosten entlastet.



3. FAMILIENPOLITIK

3.1 FÜR EINE STÄRKUNG DER TRADITIONELLEN FAMILIE – ÜBERBORDENDE FÖRDERUNG DER GENDER-IDEOLOGIE BEENDEN

Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, der traditionellen Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, endlich wieder die ihr angemessene Wertschätzung zukommen zu lassen. Sie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und sichert Zusammenhalt und Lastenverteilung für die Zukunft.

Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden. Daher lehnt die AfD Hannover die ausufernde staatliche Förderung von Projekten im Rahmen der sog. Gender- und LSBT-Ideologie strikt ab. Die AfD Hannover fordert den Entzug von sämtlichen Steuer- und Fördermitteln für gender-ideologische Maßnahmen. Die freiwerdenden Gelder sind für eine echte Familienförderung zu verwenden.

3.2 STAATLICHE KINDERBETREUUNG MUSS DER INDIVIDUALITÄT DER FAMILIEN GERECHT WERDEN – FÜR DEN ERHALT DER FREIEN WAHLMÖGLICHKEIT BEI DER KINDERBETREUUNG

Die Wahl der Betreuungsform für ihre Kinder ist das elementare Recht der Eltern. Die Stadt hat die Aufgabe, den individuellen Bedürfnissen der hannoverschen Familien hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder gerecht zu werden und den Familien eine echte Wahlfreiheit zu bieten.



Auch die Kinderbetreuung zu Hause muss wieder deutlich mehr Anerkennung bekommen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Bewertung der Mutterrolle deutlich positiver wird. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Vor diesem Hintergrund lehnt die AfD Hannover das Modell der gebundenen Ganztagschule ab. Zudem wird sich die AfD gegen die Pläne der Stadtverwaltung stellen, zukünftig Horte zugunsten von schulischen Ganztagsangeboten zu schließen. Die Nachfrage der Eltern nach qualitativ hochwertigen Hortplätzen in Hannover ist anhaltend hoch. Diesem Elternwillen hat die Stadt mit einem ausreichenden Platzangebot Rechnung zu tragen.

3.3 FAMILIEN HABEN VORRANG – FÜR EINE STÄRKERE FINANZIELLE ENTLASTUNG DER FAMILIEN BEI DER STÄDTISCHEN KINDERBETREUUNG

Seit ihrer Gründung setzt sich die AfD vehement für eine spürbare finanzielle Entlastung von Eltern im Rahmen der städtischen Kinderbetreuung ein. Aufgrund der durch den Landesgesetzgeber beschlossenen Beitragsfreiheit für Kinder ab drei Jahren im Kindergartenjahr 2018/2019 wurde bereits eine der Kernforderungen der AfD Hannover erfüllt und ein wichtiger politischer Meilenstein für die Familienförderung errungen.

Dennoch hält es die AfD Hannover auch weiterhin für notwendig, im Sinne der Zukunftsförderung für noch tiefergreifende finanzielle Entlastungen von Familien im Rahmen der Kinderbetreuung einzutreten. Gerade Familien aus der leistungsstarken Mittelschicht werden nach der aktuellen



Beitragsstaffel der Landeshauptstadt im Krippen- und Hortbereich übermäßig belastet. Die AfD Hannover wird deshalb für eine Absenkung der Beiträge eintreten, um die finanziellen Spielräume für Familien zu vergrößern.

Um berufstätigen Eltern die Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern, wird sich die AfD Hannover zudem dafür einsetzen, dass freie Plätze in öffentlich geförderten Kitas wohnortnah und prioritär an berufstätige Eltern vergeben werden. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben darf nicht monate- oder gar jahrelang behindert werden, weil keine Kitaplätze in zumutbarer Entfernung verfügbar sind oder diese an Kinder nicht berufstätiger Eltern vergeben wurden.

3.4 ÜBERNAHME DER ERZIEHUNGSAUFGABEN DURCH DEN STAAT ZURÜCKSCHRAUBEN – FAMILIEN MEHR FREIRÄUME FÜR EINE EIGENVERANTWORTLICHE ERZIEHUNG SCHAFFEN, INSBESONDERE IM FRÜHKINDBEREICH

Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch ihre eigenen Eltern betreut werden. Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkind an. Die AfD Hannover unterstützt deshalb die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder in einer Krippe bzw. in einem Kindergarten betreuen lassen. Die AfD Hannover strebt deshalb die Einführung eines kommunalen Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren an, wobei sich die Höhe des Betreuungsgeldes nach dem Familienkommen richtet.



3.5 ERST SCHEIDUNG, DANN ARMUT – ALLEINERZIEHENDE MÜSSEN STÄRKER UNTERSTÜTZT WERDEN

Mehr als jeder vierte Haushalt mit minderjährigen Kindern ist in der Landeshauptstadt Hannover ein Haushalt von Alleinerziehenden. Dabei ist ganz überwiegend der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Fast die Hälfte dieser alleinerziehenden Haushalte ist akut von Armut betroffen und von staatlichen Transferleistungen abhängig (Stand 2018).

Die AfD Hannover fordert deshalb in Bezug auf Alleinerziehende besondere Anstrengungen bei der Betreuungsoptimierung, etwa im Bereich der Krippenbetreuung, und Hilfen bei der Integration in flexible Arbeitsverhältnisse. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, verstärkt auf Betroffene zuzugehen und proaktiv über die zur Verfügung stehenden Unterstützungsleistungen zu informieren.



4. VERKEHR UND MOBILITÄT

4.1 FÜR EINEN IDEOLOGIEFREIEN VERKEHRSMIX – GEGEN STAATLICHE BEVORMUNDUNG BEI DER WAHL DES VERKEHRSMITTELS

Ein noch so gut ausgebauter ÖPNV und ein noch so perfektes Radwegenetz können niemals auch nur annähernd sämtliche individuellen Transportbedürfnisse befriedigen. Die AfD Hannover strebt deshalb einen ideologiefreien Mix aller Verkehrsträger an.

Das schließt ein, dass eine einseitige Förderung der E-Mobilität zu Lasten von Autos mit Verbrennungsmotor zu unterbleiben hat. Die E-Mobilität – selbst unter ökologischen Gesichtspunkten höchst fragwürdig! – ist teuer und zurzeit überhaupt nur mit massiven staatlichen Subventionen lebensfähig. Von Massentauglichkeit ist sie weit entfernt. Nicht wenige Kritiker bezweifeln, dass die E-Mobilität jemals massentauglich werden kann.

4.2 FREIE FAHRT FÜR FREIE BÜRGER – INDIVIDUELLE MOBILITÄT HAT AUCH IN DER ZUKUNFT IHREN BERECHTIGTEN PLATZ

Der Individualverkehr per PKW – auch und gerade von PKW mit Verbrennungsmotor! – darf nicht durch ständig neue Schikanen wie eine künstliche Parkraumverknappung, behindert werden, sondern ist im Gegenteil durch die Schaltung grüner Wellen zu verflüssigen.



Fahrverbote für Dieselfahrzeuge – und damit quasi eine Enteignung ihrer Halter – sind absolut zu vermeiden. Zumal solche Fahrverbote, wie es sie in anderen Städten bereits gegeben hat, auf höchst fragwürdigen Schadstoffgrenzwerten und noch fragwürdigeren Mess-methoden beruhen.

Weder eine hysterische Umweltbürokratie noch eine ideologisch verblendete politische Elite haben einem Bürger vorzuschreiben, wie er sich in der Stadt bewegt.

4.3 INNERSTÄDTISCHEN EINZELHANDEL SCHÜTZEN – GEGEN DAS KONZEPT EINER AUTOFREIEN INNENSTADT

Die kommunale Verkehrspolitik darf nicht zur Spielwiese für ideologische Experimente verkommen. Das Konzept einer „autofreien Innenstadt“, wie es vom hannoverschen Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) propagiert wird, lehnt die AfD strikt ab. Der Einzelhandel in der Innenstadt, ohnehin schon durch den zunehmenden Online-Handel unter Druck, muss gut erreichbar bleiben, insbesondere für auswärtige Besucher. Das gilt auch für kulturelle Einrichtungen wie Theater und Museen sowie für die Premium-Hotellerie in der Innenstadt.

4.3 VORWIEGEND OBERIRDISCHE STADTBAHNEN SIND KEIN LANGFRISTIGES ZUKUNFTSMODELL – FÜR EINE ERWEITERUNG DES TUNNELNETZES, WO IMMER DIES MÖGLICH IST

Die Umsetzung des Projekts „10/17“ direkt vor der vielbesuchten Ernst-August-Galerie hat gezeigt, dass die oberirdische Streckenplanung nahezu alle Ziele der Nahverkehrsplanung eklatant verfehlt:



Vorhandene Ressourcen bleiben ungenutzt, der Verkehr sowie Fußgänger werden behindert, Fahrgäste müssen mit Verschlechterungen rechnen. Das Projekt ist damit ein mahndendes Beispiel für ideologisch bedingte Fehlplanungen, die die Errichtung einer modernen und bedarfsgerechten Stadtbahn-Infrastruktur verhindern.

Die AfD Hannover wird sich auch weiterhin für einen zukunftsgerechten Ausbau des Stadtbahn-Schiennetzes einsetzen, von dem auch die kommenden Generationen Hannovers noch profitieren werden. Auf langfristige Sicht ist daher insbesondere die Erweiterung des bestehenden Tunnel-Systems voranzutreiben, z.B. im Bereich „Am Steintor“ (Linie 10; D-Linie) zur Entlastung der Innenstadt).

4.4 EIN ATTRAKTIVER ÖPNV LEBT VON VERNETZUNG – FÜR DEN BAU NEUER S-BAHNHÖFE MIT UMSTIEGEMÖGLICHKEITEN IM STADTGEBIET

Unser Schiennetz ist ein Gemeingut. Es leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und zum Güterverkehr. Durch die fortschreitende Privatisierung der Infrastruktur wird dies zunehmend gefährdet. Die AfD Hannover fordert den zügigen Ausbau des S-Bahnnetzes in Hannover.

Der Fokus soll dabei auf dem Neubau eines S-Bahnhofs in Waldhausen über der Hildesheimer Straße liegen, der eine Umsteigemöglichkeit zur Stadtbahn bereithält. Die Stadtbahnstation Döhrener Turm wurde im Jahr 2004 bereits in Richtung geplanter S-Bahn-Station verlegt. Zudem setzt sich die AfD Hannover für den Neubau eines S-Bahnhofs am Braunschweiger Platz ein. Auch hier sollte eine neue Station mit Umsteigemöglichkeit zu Stadtbahn und Bus entstehen.



4.6 RADVERKEHR IN HANNOVER NOCH ATTRAKTIVER UND SICHERER MACHEN – FÜR EINEN FLÄCHENDECKENDEN AUSBAU DES RADWEGENETZES

Das Fahrrad ist in der Stadt für viele Menschen und für viele Zwecke ein ideales Fortbewegungsmittel. Wo nötig und möglich, sind deshalb bestehende Radwege zu optimieren und neue anzulegen. Die AfD Hannover plädiert dafür, die ideologischen Prestigeprojekte, wie Fahrradstraßen oder Velorouten, die Millionen von Euro verschlingen und den Radfahrern nur wenig tatsächlichen Mehrwert bringen, zurückzuschrauben.

Anstelle solch teurer „Werbegags“ sollte die Stadtverwaltung ihren Fokus lieber darauflegen, zunächst den Erhalt und die umfassende Sanierung des bestehenden Radwegenetzes sicherzustellen. Denn wer in Hannover regelmäßig zum Rad greift, stellt schnell fest, dass Schlaglöcher und Baumwurzelaufbrüche an vielen Ecken als ständiger Begleiter eine „erlebnisreiche“ Fahrt garantieren. Diesem Zustand ist durch eine zielgerichtete Mittelverwendung abzuhelpfen!



5. WIRTSCHAFT

5.1 KEHRAUS NACH DEN „LOCKDOWNS“ – WELCHE VERANTWORTUNG HABEN POLITIK UND VERWALTUNG FÜR DIE FOLGEN DER LOCKDOWN-MAßNAHMEN?

Die etablierte Politik hat mit ihren radikalen „Lockdown“-Maßnahmen in den Corona-Jahren 2020/2021 in Gastronomie, Handel, Kultur und bei vielen Dienstleistungsunternehmen einen erheblichen, in vielen Fällen irreparablen Schaden angerichtet. Viele liebgewonnene Restaurants und Läden werden auch in Hannover diese Krise nicht überleben, viele andere werden noch lange an den Folgen zu tragen haben. Die Politik hat Geschäfte geschlossen, ohne nachweisen zu können, dass in diesen tatsächlich besondere Infektionsrisiken bestanden haben. Da die Infektionszahlen auch Wochen nach den Schließungen im November 2020 noch weiter anstiegen, spricht vieles dafür, dass die geschlossenen Geschäfte nicht die entscheidenden Orte waren, auf die die massenhaften positiven Testergebnisse zurückgehen. Die AfD Hannover tritt daher für einen kommunalen Corona-Ausschuss ein, der den Umfang der Schäden durch die Corona-Maßnahmen ermittelt und eventuelle politische Verfehlungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen untersucht.

5.2 DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT HANNOVER STÄRKEN – FÜR DEN ERHALT UND DIE STETE FORTENTWICKLUNG EINER ZUKUNFTSSICHERNDEN INFRASTRUKTUR

Die erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche. Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind der Schlüssel für die Zukunft unserer Familien und Kinder.



17 der größten 50 Unternehmen Niedersachsens haben ihren Sitz in Hannover. Als Landeshauptstadt stellt Hannover damit den bedeutendsten Wirtschaftsstandort unseres Bundeslandes dar. Diese wirtschaftliche Vorreiterrolle gilt es zu bewahren und auszubauen.

Essentiell für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hannover sind der Erhalt und die stete Fortentwicklung einer zukunftssichernden Infrastruktur. Zu den Kernaufgaben kommunaler Politik gehört es nach Auffassung der AfD Hannover daher, ein umfassendes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen sowie leistungsfähige Internetzugänge bereitzustellen. Die AfD Hannover wird sich gemeinsam mit der Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, die in diesen Feldern bestehenden Missstände schnellstmöglich abzustellen.

5.3 DER MITTELSTAND IST DAS RÜCKGRAT UNSERER KOMMUNE – FÜR EIN WIRTSCHAFTSFREUNDLICHES POLITIKKLIMA OHNE IDEOLOGISCH MOTIVIERTE AUFLAGEN UND AUSUFERENDE BÜROKRATIE

Mittelständische Unternehmen bilden das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen die nötigen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Die AfD wird sich dafür einsetzen, für den hannoverschen Mittelstand attraktive Rahmendbedingungen bereitzustellen.

Ideologisch motivierten Einschränkungen des PKW-Individualverkehrs durch die Einrichtung von Fahrverboten oder Umweltzonen, mit denen vorgeblich ein Beitrag zur Rettung des Weltklimas geleistet werden soll, erteilt die AfD Hannover eine klare Absage – wie sie generell jede Art von ideologisch



motivierten Zwängen ablehnt, wie zum Beispiel und insbesondere verpflichtende Quoten mit ideologischem Hintergrund.

Schon jetzt leiden nahezu alle Unternehmen unter einer Vielzahl nationaler und zunehmend europäischer Vorschriften und Gesetze, die ihre Tätigkeiten in jedem noch so kleinen Bereich regulieren. Auch die Landeshauptstadt Hannover trägt mit einer Vielzahl überflüssiger kommunaler Regelungen zur Gängelung der Unternehmen bei. Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, die ausufernde kommunale Bürokratie zu verschlanken und abzubauen, wo immer dies möglich ist. In diesem Sinne wird zum Beispiel eine grundlegende Überarbeitung der Markt- und Marktgebührensatzung angestrebt, um Marktbesucher zu entlasten und zum Erhalt dieses wichtigen Kulturguts beizutragen.

5.4 STÄDTISCHE MONOPOLE VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN – DURCH EFFIZIENTES WIRTSCHAFTEN DEM BÜRGER PREISGÜNSTIGE LEISTUNGEN ANBIETEN

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune hat stets das Ziel zu verfolgen, die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. Sinn und Zweck kommunaler Unternehmen ist es nicht, in einen unlauteren Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Angeboten einzutreten. Die öffentliche Vorsorge, wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommunen sichergestellt, jedoch nicht zwangsläufig durch sie selbst erbracht werden.

Dort, wo städtische Monopole zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge unerlässlich sind, sind diese verantwortungsvoll zu gestalten, um Hannovers Bürgern durch



effizientes Wirtschaften preisgünstige Leistungen anbieten zu können. In diesem Sinne sind zum einen die Gehälter auf der Management-Ebene der kommunalen Unternehmen auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Zum anderen haben die kommunalen Unternehmen bei ihren Entscheidungen generell den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

So liegt es zum Beispiel nicht im Interesse der Bürger, wenn die ÜSTRA bei kontinuierlich steigenden Ticketpreisen plant, innerhalb von fünf Jahren 66,5 Millionen Euro auszugeben, um 133 funktionsfähige Busse zu ersetzen, nur weil diese nicht elektrisch betrieben werden. Die AfD wird sich dafür einsetzen, derartiges Missmanagement unverzüglich abzustellen und die Entscheidungsträger in die Verantwortung zu nehmen.

5.5 DEN HEIMISCHEN MITTELSTAND STÄRKER IN DEN FOKUS NEHMEN – FÜR EINE BEVORZUGTE AUFTRAGSVERGABE AN LOKALE UNTERNEHMEN IM RAHMEN GESETZLICHER MÖGLICHKEITEN

Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, dass die Stärkung des heimischen Mittelstandes bei der Auftragsvergabe durch die Landeshauptstadt wieder stärker in den Fokus rückt. Die Stadtverwaltung ist leider oftmals nach der EU-Gesetzgebung gezwungen, vor einer Auftragsvergabe kosten- und zeitintensive europaweite Ausschreibungen vorzunehmen, ohne dass dies einen erkennbaren Mehrwert für die Landeshauptstadt zur Folge hat.



Die AfD Hannover wird sich daher auf allen Ebenen für einen Bürokratieabbau bei der kommunalen Auftragsvergabe einsetzen. Aufträge sollen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bevorzugt an regionale mittelständische Betriebe vergeben werden, solange der Stadt hierdurch kein erheblicher finanzieller Nachteil entsteht.

5.6 HALAL-MESSE STATT CEBIT? – HANNOVERS INTERNATIONALES ANSEHEN ALS MESSESTANDORT WIEDERHERSTELLEN

Die Deutsche Messe AG teilte Ende des Jahres 2018 mit, dass die traditionell in Hannover stattfindende CeBIT, eine der weltweit größten Messen für Informationstechnik, eingestellt werde. Stattdessen solle zum traditionellen CeBIT-Termin im März künftig die „Halal Hannover“ stattfinden. Im Rahmen dieser Messe sollten nationale und internationale Aussteller ihre neuesten Produkte - Lebensmittel, Getränke, Kosmetika und Dienstleistungen - vorstellen.

Dabei steht das arabische Wort „halal“ für das, was nach islamischen Regeln erlaubt ist und hat große Bedeutung bei Lebensmitteln und Ernährungsvorschriften, insbesondere ist das betäubungslose Schlachten (Schächten) Gebot. Zum ersten geplanten Termin im März 2020 konnte die „Halal Hannover“ letztlich jedoch Corona-bedingt nicht stattfinden.

Dennoch hat die Deutsche Messe AG mit ihrer medienwirksamen Entscheidung für die „Halal Hannover“ dem Ansehen des Messestandorts Hannover schweren Schaden zugefügt. Es ist schon peinlich und schmerzhaft genug für Hannover, eine zukunftsorientierte IT-Messe zu verlieren, die der Stadt internationalen Glanz in der Fachwelt verlieh.



Die „Halal Hannover“ ist ein Symbol für die zunehmende Islamisierung und ein verheerendes Signal in einem Land, das im IT- und KI-Bereich immer weiter abgehängt wird.

Die AfD Hannover fordert die Landeshauptstadt als Gesellschafterin der Deutschen Messe AG daher auf, aktiv zu werden und die Ausrichtung einer „Halal“-Messe in Hannover in Zukunft zu unterbinden. Der Fokus der Deutschen Messe AG sollte stattdessen daraufgelegt werden, tragfähige, innovative und zukunftsorientierte Marketing- und Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, um das Ansehen des Messestandorts Hannover nach dem Ende der Corona-Pandemie wiederherzustellen und das hannoversche Messewesen langfristig überlebensfähig zu machen.



6. FINANZEN UND VERWALTUNG

6.1 HAUSHALTSPOLITIK MUSS AUF DIE NACHFOLGENDEN GENERATIONEN RÜCKSICHT NEHMEN – FÜR EINEN SOFORTIGEN STOPP DER ROT-GRÜNEN SCHULDENPOLITIK

Der aufgehäufte Schuldenberg allein im Kernhaushalt der Landeshauptstadt Hannover belief sich bereits zu Beginn des Jahres 2021 auf 2,1 Mrd. Euro, wobei zusätzlich auch eine Vielzahl kommunaler Unternehmen erhebliche Schuldenstände aufweist. Das Haushaltsvolumen der Stadt Hannover für die Jahre 2021/2022 beläuft sich jeweils auf 2,65 Mrd. bzw. 2,78 Mrd. Euro. Das im Haushaltsplan ausgewiesene Defizit für diese beiden Jahre beträgt 200 Mio. Euro.

Die Pro-Kopf-Verschuldung wird somit allein nach diesen beiden Jahren um weitere 386 Euro gestiegen sein. Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger rot-grüner Misswirtschaft, die es gänzlich versäumt hat, in wirtschaftlich guten Zeiten für Krisen wie die Corona-Pandemie vorzusorgen. Die Stadt Hannover befindet sich im Würgegriff einer verfilzten Parteienbürokratie, die auf Kosten nachfolgender Generationen wirtschaftet.

Die AfD Hannover wird sich vehement dafür einsetzen, die rot-grüne Schuldenpolitik in Hannover endlich zu beenden. Die Finanzierung von Aufgaben durch die Aufnahme immer weiterer Schulden an den Kapitalmärkten lehnt die AfD ab. Wie in jedem gesunden Haushalt muss der Grundsatz gelten, dass nur das ausgegeben werden kann, was vorher eingenommen wurde.



6.2 KONZENTRATION AUF DAS WESENTLICHE – GENERELLE ÜBERPRÜFUNG DER STÄDTISCHEN AUSGABEPOSTEN AUF SINNHAFTHIT UND WIRKSAMKEIT

Um die Tragfähigkeit des städtischen Haushalts zu gewährleisten, dürfen die Mittel nur für Projekte verwendet werden, die einen messbaren Nutzen für das Gemeinwohl erzielen. Zur Kostensenkung will die AfD Hannover den Eigenbedarf der Stadt für die Verwaltung und die kommunalen Parlamente auf das kleinstmögliche Maß reduzieren.

Die AfD Hannover wird die städtischen Finanzen von Fehlinvestitionen und Fehlsubventionen befreien, damit Kernaufgaben wie Schulen, Straßen und ÖPNV finanziert werden können. Das Ziel der AfD Hannover ist, die Landeshauptstadt schuldenfrei an zukünftige Generationen zu übergeben.

6.3 EFFIZIENTE STELLENPLANUNG – WEITERE AUFBLÄHUNG DES VERWALTUNGSAPPARATS STOPPEN

Die Landeshauptstadt leistet sich einen üppigen Verwaltungsapparat, der von Rot-Grün immer weiter aufgebläht wird. So wurden alleine in den letzten 10 Jahren über 1.700 neue Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen. Mit ca. 650 Mio. Euro – Tendenz steigend – stellen die Personalkosten mit einem Anteil von ca. 25% den größten Block der städtischen Gesamtausgaben dar.

Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, im Rahmen einer externen Personal- und Organisationsbegutachtung klären zu lassen, an welchen Stellen im Verwaltungsapparat Abläufe effizienter gestaltet und damit einhergehende Einsparpotenziale gehoben werden können.



In Anbetracht der schweren Verwerfungen für den städtischen Haushalt infolge der Lockdown-Krise wird sich die AfD mittelfristig für eine substantielle Verschlinkung der Personalstruktur ohne weiteren Stellenaufbau einsetzen. Insbesondere soll hierzu umfassend geprüft werden, ob Stellen, die bereits länger nicht besetzt werden konnten oder die aufgrund altersbedingten Ausscheidens frei werden, gestrichen werden können.

Auch sollen Mitarbeiter aus unproduktiven Verwaltungsbereichen, wie zum Beispiel dem Gleichstellungsbüro, einer anderweitigen Verwendung im öffentlichen Interesse zugeführt werden. Alle bestehenden Beschäftigungsverhältnisse sollen selbstverständlich fortgeführt werden.

6.4 DIE LANDESHAUPTSTADT IST POLITISCH NEUTRAL – GENERELLE ÜBERPRÜFUNG DER STÄDTISCHEN ZUWENDUNGSEMPFÄNGER AUF FÖRDERUNGSWÜRDIGKEIT IM ÖFFENTLICHEN INTERESSE

Jedes Jahr gibt die Landeshauptstadt Hannover hunderttausende Euro für Zuschüsse an politische und parteinahe Organisationen wie die „Falken“ (SPD-nah) oder auch die DGB-Jugend aus. Damit fördert die Stadt mittelbar politische Indoktrination, wobei die Grenzen zum Linksextremismus fließend sind. So taten sich die „Falken“ in den vergangenen Jahren beispielsweise mit der Aktion „Wir sagen Nein zu Deutschland“ hervor. Darüber hinaus erhält auch das UJZ Kornstraße mit seinen notorischen Verstrickungen in den Linksextremismus weiterhin jährliche Zuwendungen von der Landeshauptstadt.



Die Bereitstellung solcher Zuschüsse ist jedoch nicht Aufgabe einer Stadtverwaltung, die politische Neutralität zu wahren hat, und liegt nicht im öffentlichen Interesse. Die AfD Hannover fordert daher eine generelle Überprüfung der Zuwendungsempfänger auf ihre Förderungswürdigkeit im öffentlichen Interesse. Förderungen von parteinahen und politischen Organisationen sind umgehend einzustellen.

6.5 GIEßKANNENPRINZIP BEI DER ZUWENDUNGSVERGABE BEENDEN – FÜR EINE WIRKSAME ERFOLGS- UND ZWECKMÄßIGKEITSKONTROLLE DER VON DER STADT GEFÖRDERTEN ORGANISATIONEN, PROJEKTE UND INITIATIVEN

Derzeit wird in der Landeshauptstadt Hannover nach dem Gießkannenprinzip alles gefördert, von dem man sich potenzielle Wählerstimmen erhofft. So werden beispielsweise Zuwendungen an alle möglichen Formen von „Sozialarbeit“, die Sonderinteressen bedienen, wie die von Migranten, etwa „migrantischen Seniorinnen und Senioren“, „Lesben und Schwulen“ und weiteren zig Geschlechtern, vergeben. Auch zahlreiche, teils fragwürdige Vereine wie ein „Institut für transkulturelle Betreuung“, „Arkadas“, „Kargah e. V.“ und etliche andere profitieren von dieser ausufernden Zuwendungspolitik.

Letzterer etwa ist einer der größten Profiteure der „Flüchtlingskrise“, er bezieht hunderttausende Euro parallel aus diversen öffentlichen Haushalten, auch in der Region und im Land Niedersachsen.



Er unterstützt unter anderem Asylbewerber dabei, sich trotz abgelehnten Asylantrags einer gesetzesmäßigen Rückführung in ihre Heimat zu widersetzen oder diese gänzlich zu verhindern.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich in Hannover in bedenklicher Weise Anspruchsdenken und Subventionsmentalität breitgemacht haben - und eine blühende Sozialindustrie mit vielen Stellen und Posten. Das ist aus Sicht des Steuerzahlers, der all dies bezahlen muss, nicht hinnehmbar. Die AfD Hannover fordert deshalb, dass bei der Zuwendungsvergabe eine wirksame Erfolgs- und Zweckmäßigkeitskontrollen durch die Stadtverwaltung vorgenommen wird.

6.6 REFORM STÄDTISCHER GREMIEN – FÜR EINE REDUZIERUNG DER AUSSCHÜSSE, BEIRÄTE UND KOMMISSIONEN AUF RATS- UND BEZIRKSRATSEBENE

Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die politischen Gremien der Landeshauptstadt Hannover sind deutlich zu aufgebläht. So existieren derzeit 13 Ausschüsse des Rates sowie ebenfalls 13 Stadtbezirksräte mit jeweils zahlreichen Unterkommissionen und Arbeitsgruppen. Auf diesem Wege kosten die Angelegenheiten des Rates den hannoverschen Steuerzahler jährlich über 3,8 Mio. Euro, während die Angelegenheiten der Stadtbezirksräte zusätzlich über 4,5 Mio. Euro jährlich verschlingen.

Die AfD Hannover wird sich in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation und der kritischen Wirtschaftslage noch vehementer dafür einsetzen, dass auch in Hinblick auf die



politischen Gremien der Landeshauptstadt eine substantielle Effizienzsteigerung und Verschlanung in Angriff genommen wird.

Als Beispiel kann hier der künstlich aufgeblähte Gleichstellungsausschuss genannt werden, der weder für den Bürger noch für die Beschäftigten der Landeshauptstadt einen nennenswerten Mehrwert schafft, wenn überhaupt einen. Die Position der AfD ist hier eindeutig: Es herrscht bereits Gleichberechtigung der Geschlechter in diesem Land, und das seit Jahrzehnten.

Eine zwanghaft forcierte „Gleichstellung“ und Quoten jeder Art lehnen wir entschieden ab, also auch einen Zwang, Stellen in der Stadtverwaltung „paritätisch“ mit Frauen und Männern zu besetzen (von weiteren Geschlechtern ganz zu schweigen). Die Besetzung von Stellen ist nach Maßgabe von Qualifikation und Leistungsfähigkeit vorzunehmen, unabhängig vom Geschlecht oder sonstiger Gruppenzugehörigkeit, zum Beispiel einem Migrations-hintergrund.

Auch die an die Stadtbezirksräte angeschlossenen Integrationsbeiräte erhalten immerhin jährliche Zuwendungen in Höhe von 150.000 Euro. Dabei sollen die Aktivitäten dieser Integrationsbeiräte darauf ausgerichtet sein, „das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtbezirk zu fördern.“ An Veranstaltungen der Integrationsbeiräte nehmen in aller Regel aber nur Menschen mit Migrationshintergrund teil. Ein wirkliches Miteinander der gesamten Gesellschaft wird damit nicht erreicht. Auch die Integrationsbeiräte gehören daher abgeschafft.



6.6 BUND DER STEUERZAHLER: „FÖRDERMITTEL AUF EIN VERNÜNFTIGES MAß BEGRENZEN“ – FÜR EINE KÜRZUNG DER ÜPPIGEN ZUWENDUNGEN AN DIE RATSFRAKTIONEN

Die ohnehin angespannte Haushaltslage der Landeshauptstadt Hannover hat sich durch die erheblichen Mehrkosten und Steuerausfälle im Zuge der Lockdown-Krise weiter verschärft. Die Politik sollte deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und die Stadtverwaltung bei einer angestrebten Haushaltskonsolidierung unterstützen. Die AfD Hannover strebt an, die recht großzügig ausgelegten Personalauswendungen für die Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen der im hannoverschen Rat vertretenen Parteien zu kürzen. Allein die zwei im Zuge der Kommunalwahl im Jahr 2016 zusätzlich entstandenen Geschäftsstellen verursachen in der fünfjährigen Ratsperiode Mehrkosten in Höhe von ca. 1,3 Millionen Euro.

Bereits im Jahr 2016 wies der Bund der Steuerzahler auf die unverhältnismäßige Belastung der Steuerzahler aufgrund der steigenden Personalkosten für die Fraktionsgeschäftsstellen hin. Er appellierte an die Ratspolitik, die Fördermittel für die eigenen Geschäftsstellen auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen. Leider wurden alle dahingehenden Einsparungsanträge der AfD-Ratsfraktion in der vergangenen Ratsperiode durch alle anderen Parteien abgelehnt. Die AfD Hannover wird sich jedoch auch weiterhin vehement dafür einsetzen, dass die Ratspolitik für die hannoverschen Steuerzahler insgesamt kostengünstiger ausgestaltet wird.



6.7 DER KUNDE IST KÖNIG – AUFHEBUNG DER VERPFLICHTENDEN TERMINVERGABE IN DEN BÜRGERÄMTERN

Essentieller Bestandteil einer bürgerfreundlichen Stadtverwaltung ist, dass die Verwaltung für ihre Bürger erreichbar ist und ihre Anliegen in angemessener Zeit bearbeitet. Diesem Prinzip widerspricht die Einführung der verpflichtenden Vorab-Terminvereinbarung in Hannovers Bürgerämtern eklatant. Diese hat dazu geführt, dass Hannovers Bürger auch bei wichtigen Anliegen teilweise Wochen oder Monate auf einen freien Termin warten müssen oder gezwungen sind, ein Bürgeramt in weit entfernten Stadtteilen aufzusuchen.

Die AfD Hannover setzt sich daher für ein Hybrid-Modell ein, welches den Bürgern Hannovers auch wieder die Möglichkeit verschafft, ohne Voranmeldung ihre Bürgerämter aufsuchen und mit einer zeitnahen Bearbeitung ihres Anliegens rechnen zu können. Nach dem Grundsatz, sich auf die wesentlichen Aufgaben der Verwaltung zu konzentrieren, sind den Bürgerämtern ausreichende Personalressourcen bereitzustellen und die Öffnungszeiten freundlicher für Arbeitnehmer zu gestalten.



6.8 KEIN IDEOLOGIEZWANG IN DER SPRACHE – AUFHEBUNG DER GENDER-SPRACHVORSCHRIFTEN DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Die Landeshauptstadt Hannover hat sich bundesweit zum Gespött gemacht, als sie im Januar 2019 unter dem SPD-Oberbürgermeister Schostok als erste Stadt Deutschlands die „geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ eingeführt hat. Seit diesem Zeitpunkt wird in offiziellen Dokumenten der Stadt von „Wählenden“ statt „Wählern“ oder von „Redepult“ statt „Rednerpult“ gesprochen, um eine vermeintliche sprachliche Diskriminierung zu verhindern. Ebenso wird zu diesem Zwecke in Verwaltungsveröffentlichungen der sogenannte „Gender Star“ verwendet. So heißt es in städtischen Stellenausschreibungen beispielsweise „der*die Ingenieur*in“.

Diese „geschlechtergerechten Sprache“ widerspricht nicht nur den allgemein anerkannten deutschen Sprachregeln. Sie befördert darüber hinaus auch eine Entfremdung der Politik vom „normalen“ Bürger, indem sie Verwaltungstexte komplizierter und schwerer verständlich macht. Zudem verursacht sie unnötigen Bürokratieaufwand. Die AfD Hannover wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die „geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ wieder abgeschafft wird und die hannoverschen Behörden zu einem verständlichen Sprachgebrauch nach allgemein anerkannten Regeln zurückkehren.



7. ÖFFENTLICHE ORDNUNG

7.1 SAUBERKEIT IST DIE KLEINE SCHWESTER DER SICHERHEIT – ENTSCLOSSEN GEGEN DIE VERMÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS VORGEHEN

Hannover ist eine schöne Stadt, in der man gut leben kann. Leider hat es in den letzten Jahren einige Fehlentwicklungen gegeben, die die Gültigkeit dieser Aussage teilweise in Frage stellen. Im öffentlichen Raum sind zunehmend Vermüllungs- und Vandalismustendenzen zu erkennen, gegen die seitens der Stadt- und Regionsverwaltung bislang kein effektives Vorgehen erkennbar ist. Aus Sicht der AfD Hannover ergeben sich im Stadtgebiet insbesondere die folgenden vier zukünftigen Handlungsschwerpunkte:

- zunehmender Missbrauch des öffentlichen Raums für systematische illegale Aufkleber- und Plakatkampagnen,
- zunehmende Anzahl an illegalen Graffiti, teilweise mit extremistischen Inhalten, die oft sehr lange im öffentlichen Raum verbleiben,
- „wilde“ Sperrmüllablage, vor allem im Bereich großer Wohnanlagen,
- gestohlene und im öffentlichen Raum abgestellte Einkaufswagen.

Die AfD Hannover wird diese mutwillige Vermüllung des öffentlichen Raumes wirksam bekämpfen. Hierzu sollen in besonders betroffenen Bereichen gemeinsame Bestreifungen der Landespolizei mit dem städtischen Ordnungsdienst durchgeführt werden.



Für die Verursacherermittlung sowie die schnelle Entfernung von Graffiti und Müll im öffentlichen Raum sollen zusätzliche Personalressourcen (auch in den stadt- und regionseigenen Betrieben) bereitgestellt werden. In Schwerpunktbereichen ist zudem vermehrt auf Videoüberwachung zurückzugreifen, um die Verursacher zu ermitteln und diesen die Kosten für Reinigungsmaßnahmen sowie ein entsprechendes Bußgeld auferlegen zu können. Darüber hinaus sollen Haus- und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung von Beschädigungen an ihrem Eigentum in Härtefällen durch die öffentliche Hand unterstützt werden.

Gleichzeitig wird sich die AfD Hannover dafür einsetzen, dass Künstler vermehrt legale Gelegenheiten erhalten, öffentliche Räume ansprechend zu gestalten.

7.2 DER HAUPTBAHNHOF IST EIN AUSHÄNGESCHILD UNSERER STADT – AUSUFERNDER DROGENSZENE UND VERMÜLLUNG WIRKSAM ENTGEGENTRETEN

Für viele Menschen, die mit der Bahn nach Hannover reisen oder in Hannover umsteigen, vermittelt der Hauptbahnhof den ersten Eindruck von unserer Stadt. Aber auch viele Bürger unserer Stadt passieren den Hauptbahnhof täglich auf dem Weg zu Freunden, zu ihrer Arbeitsstätte oder zum Einkaufen. Für das Image unserer Stadt ist es daher essentiell, den Hauptbahnhof und sein Umfeld in einem sicheren, sauberen und gepflegten Zustand zu halten.



Leider ist trotz einiger bereits erfolgter Maßnahmen der Landeshauptstadt gegen die immer größer werdende Trinkerszene sowie einer Kooperation mit der Bundes- und Landespolizei sowie verschiedener anderer Sicherheitspartner festzustellen, dass sich an der prekären Situation im und um den Hauptbahnhof in den vergangenen Jahren nichts geändert hat. Vor allem die osteuropäische Trinkerszene ist am Ausgang Nordost, am Ausgang Nordwest und am Ausgang Raschplatz weiterhin stark vertreten. Immer wieder kommt es zu handfesten Auseinandersetzungen, teilweise sogar zu Messerangriffen.

Gegen diese Zustände im und um den Hauptbahnhof wird die AfD Hannover entschlossen vorgehen. Im Rahmen des Sicherheitskonzeptes „Bahnhof sicher“ sollen regelmäßige Schwerpunkteinsätze mit allen beteiligten Sicherheitspartnern, wie der Bundespolizei und der Deutschen Bahn, zur Disziplinierung der Trinkerszene durchgeführt werden. Gegen stark betrunkene (oder unter dem Einfluss anderer Drogen stehende), auf dem Boden schlafende oder aggressive Personen sind entsprechende Platzverweise auszusprechen. Diese sind durch in ausreichendem Maße präsen te Sicherheitskräfte auch durchzusetzen. Personen, die einem Platzverweis nicht nachkommen, sind notfalls in Gewahrsam zu nehmen.

Bei auffälligen Personen, die über keine gültige Aufenthaltsgenehmigung verfügen oder die als EU-Ausländer die Arbeitnehmerfreizügigkeit offensichtlich missbrauchen, sind aufenthaltsrechtliche Maßnahmen zu überprüfen. Wenn möglich, ist eine Rückführung in ihre Heimat einzuleiten.



7.3 OHNE SICHERHEIT KEINE FREIHEIT – HANNOVERS BÜRGER SOLLEN SICH ZU JEDER TAGES- UND NACHTZEIT ÜBERALL WOHL UND SICHER FÜHLEN KÖNNEN

Regelmäßig belegt Hannover in der Kriminalstatistik vorderste Plätze. Im Jahr 2019 war es hinter Frankfurt und Berlin die drittgefährlichste Großstadt Deutschlands, gemessen an der Zahl der polizeilich erfassten Straftaten je 100 000 Einwohner. 2017 hatte Hannover hier sogar Rang 2 belegt. Besonders negativ sticht unsere Stadt bei der Gewaltkriminalität hervor. Schon 2017 hatte Hannover bei Raub- und Körperverletzungen an der Spitze aller deutschen Großstädte gestanden. 2018 fiel es hier zwar auf Rang 3 zurück, 2019 wurden jedoch wieder 724 mehr Fälle von Raub- und Körperverletzungen registriert als im Vorjahr, Hannover belegte damit erneut Platz 1!

Insbesondere abends und nachts sind Teile der hannoverschen Innenstadt zu unsicheren Zonen geworden. Die Inbesitznahme des öffentlichen Raumes durch Gruppen unbekannter Zuordnung hat zu einem Rückzug vieler Bürger von dort geführt. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller und Frauenschutzzonen sind heute selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen.

Diese Zustände müssen beendet werden! Sicherheit ist die Grundlage der individuellen Freiheit. Es ist daher eine Grundpflicht des Staates, die Sicherheit für seine Bürger in ausreichendem Maße zu gewährleisten. Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Gemeinwesen auf allen Ebenen der Legislative und Exekutive. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung zu jeder Tages- und Nachtzeit muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen!



7.4 RECHTSFREIE RÄUME DÜRFEN NICHT TOLERIERT WERDEN –RECHT UND GESETZ KONSEQUENT DURCHSETZEN

Die AfD Hannover tritt der zunehmenden Entstehung von rechtsfreien Räumen, insbesondere im Innenstadtbereich, entschieden entgegen. Die zahlreichen Drogenhotspots, die sich über die Jahre entwickelt haben, sind nicht hinnehmbar. Leider ist in der Vergangenheit ein effektives Einschreiten der Ordnungsbehörden (wie zum Beispiel auf dem Weißekreuzplatz) jahrelang unterblieben, wobei die Bürger und Anwohner zwischenzeitlich mit den daraus resultierenden Problemen alleine gelassen wurden.

Die AfD Hannover wird deshalb auf Stadtverwaltung und Polizei einwirken, entstehende rechtsfreie Räume unverzüglich unter Einsatz eines ausreichenden Aufgebots an Ordnungskräften aufzulösen. An Kriminalitätsschwerpunkten ist zudem konsequent auf das Instrument der Videoüberwachung zurückzugreifen.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass eine wesentliche Ursache für die Bildung rechtsfreier Räume der schwindende Respekt gegenüber Staatsdienern und die zunehmend niedrigere Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis ist. Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen daher vor Angriffen besser geschützt werden. Die AfD Hannover fordert eine Null-Toleranz-Politik für Angriffe auf städtische Bedienstete und setzt sich für eine strenge Bestrafung der Täter ein.



7.5 DER STÄDTISCHE ORDNUNGSDIENST HAT SICH BEWÄHRT – SEINE PRÄSENZ IN DEN STADTTETILEN SOLLTE VERSTÄRKT WERDEN

Insbesondere der neu etablierte städtische Ordnungsdienst hat sich als wirksames Instrument zur Stärkung der Sicherheit in Hannover bewährt. Die AfD Hannover wird sich deshalb dafür einsetzen, die Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei zu erweitern und zu stärken. Die gemeinsame Bestreifung von Kriminalitäts- und Verwahrlosungsschwerpunkten im Stadtgebiet soll ausgebaut werden. Es sind insbesondere die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die Präsenz des städtischen Ordnungsdienstes in den Stadtteilen, auch zur Nachtzeit, zu intensivieren.



8. BILDUNG

8.1 EIN GEMEINWESEN BENÖTIGT IDENTIFIKATION – FÜR DIE VERMITTLUNG EINES POSITIVEN WERTE- UND GESELLSCHAFTSBILDES IN DEN STÄDTISCHEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Die AfD Hannover bekennt sich zum Humboldt'schen Bildungsideal. Unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen muss als wichtigstes Gut für die Zukunft verstanden und kommenden Generationen im Rahmen eines ganzheitlichen Bildungsansatzes verfügbar gemacht werden.

Insbesondere sollte in den städtischen Bildungseinrichtungen ein stärkerer Fokus auf die Vermittlung eines positiven Werte- und Gesellschaftsbildes gelegt werden. Das Gemeinwesen der Landeshauptstadt wird langfristig nur erfolgreich sein, wenn sich auch die nachfolgenden Generationen mit diesem identifizieren.

Die AfD Hannover fordert deshalb, dass in den städtischen Bildungseinrichtungen ein klares Bekenntnis zur deutschen Kultur und Lebensweise vermittelt wird, bei welchem – unabhängig von Herkunft, Religion, Neigung und Aussehen – Werte wie Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Leistungsbereitschaft im Vordergrund stehen.



8.2 KINDER VOR IDEOLOGIE SCHÜTZEN – GENDERWAHN IST NICHT JUGENDFREI

Die AfD Hannover spricht sich klar gegen die derzeitige Tendenz einer Früh- und Hypersexualisierung aus, die nach führenden „Gender-Experten“ teilweise schon im Kindergartenbereich ansetzen soll. Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklungen von Kindern Schritt halten. Sie darf nicht zu früh ansetzen, sondern gehört in die Zeit der Pubertät.

Dem gesellschaftspolitischen Experiment der Gender-Ideologie erteilt die AfD Hannover deshalb eine klare Absage. Sie wird sich dafür einsetzen, dass Organisationen, die sich dieser Ideologie verschrieben haben, keinerlei städtischen Zuwendungen mehr erhalten.

8.3 ZURÜCK ZUM DREIGLIEDRIGEN SCHULSYSTEM – GESAMTSCHULAUSSBAU IN HANNOVER STOPPEN

Grundlegende Veränderungen in der Schullandschaft bringen erfahrungsgemäß erhebliche Nachteile mit sich: Erstens erzeugen Sie eine erhebliche Verunsicherung in Eltern- und Lehrerschaft, und zweitens ziehen sie oft hohe bauliche Folgekosten für die Kommunen nach sich, da die Schülerströme an andere Standorte umgelenkt werden. Deshalb muss sich eine Veränderung durch eine deutliche Leistungssteigerung rechtfertigen lassen. Dieser Nachweis ist den Gesamtschulen bislang nicht ansatzweise gelungen. Das Lernen in verschiedenen Lernniveaus hat sich in der Praxis nicht bewährt. Die Realität ist vielmehr, dass sich letztlich oftmals alle Schüler auf einem niedrigen Lernniveau wiederfinden.



Die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen lehnt die AfD Hannover deshalb ab. Dies gilt auch für die Einrichtung von IGS-Oberstufen. Zudem wird sich die AfD Hannover dafür stark machen, dass die Leistungs- und Bewertungskriterien an Gesamtschulen kurzfristig denen des gegliederten Schulsystems angepasst werden. Mittelfristig spricht sich die AfD Hannover für die Wiederherstellung des bewährten dreigliedrigen Schulsystems aus.

8.4 FÖRDERSCHULEN IM STADTGEBIET WIEDER REAKTIVIEREN – GEGEN EINE FALSCH VERSTANDENE RADIKALINKLUSION

Die AfD Hannover wird sich für eine Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012 einsetzen. Dies beinhaltet die sofortige Wiedereröffnung der bereits geschlossenen Förderschulen des Bereichs Lernen sowie die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen.

Die AfD Hannover unterstützt die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten.



8.5 NACHFOLGENDE GENERATIONEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN – FÜR LEHRMITTELFREIHEIT UND FREIES SCHULESSEN

Viele Kinder in Hannover leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Hier sind die Kosten für Lehrmittel und ein Essen in der Schule für die Familien oft nicht aufzubringen. Beide Punkte sind aber wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch und sorgen für eine direkte finanzielle Entlastung von Familien.

Die AfD Hannover wird sich daher langfristig, nach einer erfolgten Haushaltskonsolidierung, für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und für freies Schulessen für alle hannoverschen Kinder einsetzen. Dies soll auch für Kinder gelten, die nicht für Ganztagsangebote angemeldet sind.

Zu diesem Zwecke wird die AfD Hannover auch Druck auf die Landesebene ausüben, um eine Unterstützung mit entsprechenden Mitteln zu erreichen.

8.6 AN SCHULEN, IN DENEN ES VON DER DECKE TROPFT, LERNT ES SICH SCHLECHT – SCHULSANIERUNG NOCH ENTSCHEIDENER IN ANGRIFF NEHMEN

Die öffentliche Infrastruktur Hannovers wurde in den letzten Jahrzehnten von Rot-Grün sträflich vernachlässigt. Auch die städtischen Schulgebäude befinden sich teilweise in desolatem Zustand. Viele Schulen Hannovers weisen in einzelnen Räumen derartige bauliche Mängel auf, dass Räume teilweise nicht mehr für den Unterricht nutzbar sind.



Auch die Schultoiletten befinden sich in Teilen in einem unzumutbaren Zustand, wobei die Verwaltung aus nicht nachvollziehbaren Gründen Jahre benötigt, um ein entsprechendes Toilettensanierungsprogramm umzusetzen. Aufgrund nicht zur Verfügung stehender Ausweichkapazitäten müssen viele Schüler während der Sanierung ihrer Schule zudem viele Jahre einen Unterricht in Containern erdulden.

Für die AfD Hannover ist der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur eine der wesentlichsten kommunalen Aufgaben. Insbesondere die Sanierung der hannoverschen Schulen wird die AfD Hannover als Verwaltungsaufgabe von höchster Priorität definieren und bestehende Verwaltungsressourcen so umlenken, dass diese noch entschiedener in Angriff genommen werden kann.

8.7 FÜR EINE AUSGEWOGENE MISCHKOST AN UNSEREN SCHULEN UND KITAS – GEGEN RELIGIÖSE UND GRÜN-IDEOLOGISCHE SPEISEVERBOTE

Auch an Schulen und Kitas in Hannover wird das Schulessen mittlerweile durch religiöse und grün-ideologisch begründete Verbote allgemein eingeschränkt, zum Beispiel durch den Ausschluss von (Schweine-)Fleisch. Die AfD Hannover betrachtet dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich die städtischen Bildungseinrichtungen in keiner Weise religiösen oder ideologischen Speisegesetzen unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss für Eltern und Kinder uneingeschränkt erhalten bleiben.



8.8 HANNOVERS SCHULEN MÜSSEN ZUKUNFTSFÄHIG WERDEN – FÜR DIE UNVERZÜGLICHE UMSETZUNG EINES TRAGFÄHIGEN MEDIEN- UND DIGITALISIERUNGSKONZEPTES

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Zudem muss die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur durch die Landeshauptstadt als Schulträger gewährleistet werden.

Die Stadtverwaltung arbeitet seit dem Jahr 2016 an ihrer Medienentwicklungsplanung für die Schulen. Abgesehen davon, dass die Planungen viel zu spät aufgenommen wurden, sind viele Schulen derzeit immer noch weit davon entfernt, über die notwendigen Voraussetzungen für eine digitale Unterrichtsunterstützung zu verfügen. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf in der Verwaltung.

Die AfD Hannover wird daher auch der unverzüglichen Umsetzung eines tragfähigen Medien- und Digitalisierungskonzeptes an Schulen oberste Priorität im Verwaltungsapparat einräumen, um Hannovers Kindern und Jugendlichen eine zukunftsfähige Infrastruktur bereitzustellen.



9. KULTUR UND SPORT

9.1 KULTURELLE ÜBERLIEFERUNG LEBENDIG HALTEN – FÜR EINE FÖRDERUNG VON IDENTITÄTSSTIFTENDER BRAUCHTUMSPFLEGE

Die reiche kulturelle Überlieferung unserer Stadt mit Leben zu füllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach Überzeugung der AfD Hannover eine zentrale staatliche Aufgabe. Die Finanzierung der bedeutenden hannoverschen Theater, Orchester und Museen sowie die Pflege der Kulturdenkmäler muss daher auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen bestmöglich sichergestellt werden.

In diesem Sinne wird sich die AfD dafür einsetzen, die knappen Mittel der Kulturförderung vornehmlich für identitätsstiftende Brauchtumpflege zu verwenden. Die ausufernde Förderung von soziokulturellen Zentren, Projekten und Initiativen, insbesondere mit politischem Bezug, aus der Stadtkasse ist hingegen stark zurückzufahren.

9.2 ERFOLGREICHE INTEGRATION ERFORDERT EIN POSITIVES SELBSTBILD – FÜR EINE STÄRKUNG DER IDENTIFIKATION MIT UNSERER HEIMAT

Deutsche und hannoversche Geschichte umfassen mehr als jene zwölf dunklen Jahre des Nationalsozialismus. Deutschland gehört zu den großen europäischen Kulturnationen. Auch hannoversche Schriftsteller und Philosophen wie Theodor Lessing oder August Wilhelm Schlegel, hannoversche Musiker wie die Scorpions, bildende Künstler wie Kurt Schwitters,



Wissenschaftler und Ingenieure wie die Geschwister Herschel oder Emil Berliner, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Disziplinen im weltweiten Maßstab geleistet.

Die AfD Hannover erachtet es als eines ihrer vorrangigen politischen Ziele, dieses große Kulturerbe für die kommenden Generationen nicht nur zu bewahren, sondern es im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung weiterzuentwickeln und seine unverwechselbaren Eigenheiten zu erhalten. Mit über einer Million Besuchern jährlich hat Hannover das größte Schützenfest der Welt. Als „UNESCO City of Music“ und mit der renommierten Musikhochschule genießt Hannover ebenfalls aufgrund seiner musikalischen Vielfalt großes internationales Ansehen. Der Große Garten in Herrenhausen zählt zu den bedeutendsten Barockgärten in Europa. Auf all das können wir stolz sein. Wir sind in unserer Heimatstadt verwurzelt und lieben sie.

Die gewachsene Geschichte unserer Stadt spiegelt sich auch in ihren Straßennamen wider. Viele dieser Namen sind den Bürgern seit Jahrzehnten vertraut, sie gehören damit auf ihre Weise zur Identität unserer Stadt. Straßen und Plätze sollten nicht ohne Not, nur nach Maßgabe – wechselnder! – politischen Moden umbenannt werden. Zumal, wenn das gegen den ausdrücklichen Willen einer großen Mehrheit der betroffenen Anwohner geschieht, wie es exemplarisch bei der Umbenennung der Hindenburgstraße zu sehen war und ist.

Die Benennungen von Straßen nach Persönlichkeiten und Ereignissen der lokalen oder nationalen Geschichte sind immer nur aus ihrer Zeit heraus zu verstehen. Straßennamen sind Zeugnisse der Geschichte. Es darf dem herrschenden linksgrünen Zeitgeist nicht gestattet werden, sich daran zu vergreifen und alles auszumerzen, was nicht seinen Vorstellungen und Idealen entspricht.



9.3 WIR SAGEN JA ZUR RELIGIONSFREIHEIT – ABER NEIN ZUM MUEZZIN-RUF IN HANNOVER

Die AfD Hannover erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung) Schranken zu setzen durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen.

Das Minarett lehnt die AfD Hannover als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

Die Schweiz ist eine der ältesten Demokratien der Welt. Niemand wird behaupten wollen, die Schweiz sei nicht durch und durch demokratisch. Die Bewohner eben dieser Schweiz haben sich im Jahr 2009 in einer Volksabstimmung für ein Verbot des Baus von Minaretten entschieden – und diese Entscheidung gilt bis heute.

Deutschland ist ein christlich geprägtes Land mit einer christlich geprägten Kultur. Insbesondere der Muezzin-Ruf wird von weiten Teilen der bei uns lebenden Bevölkerung als fremd und störend empfunden. Im Sinne eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens muss der Muezzin-Ruf in Hannover deshalb unterbleiben.



9.4 VEREINE SIND MAßGEBLICHE SÄULEN EINER INTAKTEN GEMEINSCHAFT – SCHLIEßUNG VON SPORTSTÄTTEN IST KURZSICHTIGER AKTIONISMUS – FÜR EINE STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN VEREINEN SOWIE SCHULEN UND KITAS

In der Landeshauptstadt Hannover gibt es etwa 360 Sportvereine mit rund 110.000 Mitgliedern. Diese Sportvereine stellen als wichtiger Lebensbaustein vieler Menschen eine essentielle Säule der hannoverschen Stadtgesellschaft dar. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sind die Vereine ein maßgeblicher Beitrag zu einer positiven Charakterbildung. Hier können sie ihre Fähigkeiten und Grenzen austesten. Zudem lernen sie wesentliche Werte unserer Gesellschaft wie Leistungsbereitschaft, Teamgeist und gegenseitigen Respekt.

Durch die monatelange und pauschale Schließung von Sportstätten in den Corona-Jahren 2020/2021 wurde auch den Bürgern Hannovers die Möglichkeit genommen, ihren Körper und Geist durch Bewegung und Gemeinsamkeit gesund zu halten. Die Politik verfügte diese Schließungen, ohne nachweisen zu können, dass symptomfreie Sporttreibende überhaupt ansteckend und dass Sportstätten überhaupt Zentren der Infektionsverbreitung sind. Für uns steht der gesundheitsfördernde Charakter des Vereinssports außer Frage und wir fordern Einschränkungen der Vereinstätigkeit nur nach einer nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Abwägung durchzuführen.

Weiter setzt sich die AfD Hannover dafür ein, dass die Breite der hannoverschen Sportvereine trotz der eventuell dagegen stehenden Demografie bestmöglich erhalten bleibt.



Hierfür wird in der Zukunft eine noch stärkere Kooperation zwischen den Vereinen und den Schulen sowie Kitas vonnöten sein, um vor allem im Bereich der Ganztagsbetreuung die Möglichkeit der sportlichen Betätigung deutlich zu erhöhen. Die AfD Hannover strebt deshalb an, die Koordinations- und Vermittlungsfunktion des Stadtsportbunds durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel erheblich auszubauen.

9.5 DAS SCHÜTZENFEST IST EIN GESELLSCHAFTLICHER UND KULTURELLER HÖHEPUNKT UNSERER STADT – WIR WOLLEN DIESE TRADITION IN DIE ZUKUNFT TRAGEN

Im Sommer 2019 verunglimpfte der heutige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Landeshauptstadt, Daniel Gardemin, das Schützenwesen als „Ort der Rechten“ und brachte es damit in ungeheurer Weise mit dem rechtsterroristischen Mord an Walter Lübcke in Verbindung. Auch andere linke Ratspolitiker stellen regelmäßig die Traditionen der Schützen sowie die Unterstützungsleistungen der Landeshauptstadt für das Schützenfest in Frage.

Die AfD Hannover wird sich entschieden gegen alle links-grünen Tendenzen zur Abschaffung und Verunglimpfung des Schützenwesens wenden. Die Schützen sind ein wichtiger, über Jahrhunderte gewachsener und lebendiger Teil der hannoverschen Identität, den es in die Zukunft zu tragen gilt.



9.6 HANNOVER IST SPORTSTADT – SPITZEN- UND BREITENSport GLEICHERMAßEN FÖRDERN

Sport fördert den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Er verbindet Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und Nationalität und stärkt damit unsere Gesellschaft. Die Sportpolitik ist daher ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik

Für die AfD Hannover ist die Förderung des Behinderten- und Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport. In der Sportstadt Hannover sollen daher Breiten- und Spitzensport gleichermaßen gefördert werden, wobei die Sportfördermittel insgesamt deutlich aufzustocken sind. Letzteres will die AfD Hannover durch eine Umverteilung der üppigen für ideologische Vereine genutzten Mittel zugunsten der Sportvereine erreichen. Die AfD Hannover ist sich sicher, dass sich jeder in den (Breiten-)Sport investierte Euro mehrfach auszahlt, sei es durch verminderte Kriminalität bei Jugendlichen, durch bessere Integration oder durch eine Verbesserung der Gesundheit.

Darüber hinaus sieht es die AfD Hannover als maßgebliche Aufgabe der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren an, den Erhalt und Ausbau von Sportstätten für Schul-, Vereins- und Breitensport sicherzustellen. Für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange Verfall dieser Infrastruktur in Hannover aufzuhalten und der Sanierungsstau, vor allem bei Schulsportstätten und Schwimmhallen, aufzulösen. Die Mittel für die Sanierung von Schulsportstätten sollten dazu unbürokratisch abrufbar sein.



10. SOZIALES

10.1 EINE GESPALTENE STADTGESELLSCHAFT WIRD AUF DAUER NICHT ERFOLGREICH SEIN – FÜR EINE STÄRKERE SOZIALE DURCHMISCHUNG IN DEN STADTTTEILEN

Die AfD Hannover strebt im Rahmen der Stadtplanung sozial gemischte Stadtteile an, in denen Handwerker neben Akademikern, Familien neben Alleinstehenden, Kinder neben Rentnern und Migranten neben Einheimischen leben. Eine große Durchmischung der Viertel trägt zu mehr sozialer Akzeptanz und Stabilität in der Stadtgesellschaft bei.

In Hannover zeichnet sich in den vergangenen Jahren in gewissen „Mode-Quartieren“ jedoch zunehmend eine soziale Entmischung, also eine Segregation, ab. Durch die gesteigerte Wohnraumnachfrage und exorbitant hohe Mieten können sich breite Teile der Einwohner ein Leben in den begehrten Stadtteilen nicht mehr leisten. In der Folge findet keine Durchmischung der verschiedenen Einkommensgruppen mehr statt.

Diesem Trend will die AfD Hannover entgegenwirken. Die hanova WOHNEN soll als städtisches Wohnungsbaununternehmen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, zunehmend auch in den begehrteren Vierteln Hannovers günstigen Wohnraum insbesondere für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende zur Verfügung stellen zu können.

Darüber hinaus wird sich die AfD Hannover für die verstärkte Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern einsetzen, durch welche bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, der junge Familien, Azubis, Studenten und Senioren näher zusammenzubringt. Mehrgenerationenhäuser setzen der



Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlauben es rüstigen Menschen, sich durch die Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft zu erfahren. Zudem ist die Förderung des Respekts vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung ein wichtiger Aspekt, der jungen Menschen mit auf ihren Weg gegeben wird.

10.2 BESCHÄFTIGUNGSFÄHIGKEIT VON LANGZEITARBEITSLSEN ERHALTEN – FÜR DIE SCHAFFUNG UMFASSENDER ANGEBOTE IM BEREICH DER GEMEINNÜTZIGEN ARBEIT

Über 10.000 Menschen in Hannover sind langzeitarbeitslos (länger als ein Jahr), wobei über 30 Prozent hiervon bereits seit über zwei Jahren keiner geregelten Berufstätigkeit mehr nachgehen. Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt Hannover für diese Personengruppe deutlich mehr Angebote im Bereich der gemeinnützigen Arbeit schafft, um den Menschen eine Chance zu geben, sich als Arbeitnehmer zu bewähren und ihnen soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Langzeitarbeitslose können so an einen regelmäßigen Tagesablauf gewöhnt werden und ihr Selbstwertgefühl steigern. Durch eine kluge Einsatzorganisation könnten zudem Personalengpässe in der Stadtverwaltung abgemildert werden, indem sie als zusätzliche Helfer das Fachpersonal entlasten.



10.3 DIE STADTKASSE IST KEIN SELBSTBEDIENUNGSLADEN – FÜR EINE SYSTEMATISCHE ÜBERPRÜFUNG DER ANSPRUCHSBERECHTIGTEN VON SOZIALLEISTUNGEN

Dem öffentlichen Sektor in Niedersachsen entstehen jedes Jahr Schäden in Millionenhöhe durch Sozialbetrug. Dabei entstehen in den vergangenen Jahren zunehmend auch immense Schäden durch „Flüchtlinge“, die sich unter einer Vielzahl verschiedener Identitäten bei den Behörden anmelden, um entsprechend mehrfach Geld vom Staat zu kassieren. Zudem wird die Problematik des Sozialbetrugs auch durch die anhaltend starke Zuwanderung aus südosteuropäischen Ländern sowie die zunehmende staatliche Machtlosigkeit gegenüber türkisch-arabischer Clankriminalität angefacht.

Die Leidtragenden dieses Betrugs sind vor allem die Kommunen. Die AfD fordert deshalb auch in der Landeshauptstadt Hannover eine rigorose Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs durch eine enge Netzwerkarbeit mit den zuständigen Behörden bei Bund und Land. Die städtischen Mitarbeiter müssen so schnell wie möglich mit funktionalen Prüfgeräten zur Feststellung gefälschter Identitätspapiere ausgestattet werden.



10.4 ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG AUCH GEGENÜBER DEN ÄLTEREN BÜRGERN – FÜR DEN ERHALT UND DIE STÄRKUNG KOMMUNALER FÜRSORGEPROGRAMME FÜR SENIOREN

Viele ältere Menschen in Großstädten wie Hannover sind von Einsamkeit bedroht. Die AfD Hannover möchte der zunehmenden Vereinsamung im Alter entgegenwirken und betroffenen Senioren ein möglichst umfassendes Angebot zur sozialen Teilhabe bieten. So soll das Konzept der ehrenamtlichen Seniorenbegleiter ausgeweitet und stärker beworben werden. Frei nach dem Motto „Wer rastet, der rostet“ setzt sich die AfD Hannover zudem dafür ein, dass Senioren vielfältige Weiterbildungsangebote in den Erwachsenenbildungsstätten (zum Beispiel in der Volkshochschule) zur Verfügung stehen. Des Weiteren sollen mehr Seniorenbegegnungsstätten geschaffen werden, wobei auch in diesem Rahmen eine Erhöhung des ehrenamtlichen Engagements wünschenswert ist.



10.5 KINDERN UND JUGENDLICHEN AUF DIE RICHTIGE BAHN HELFEN – FÜR EINE STÄRKERE QUALITÄTSKONTROLLE BEI DEN ANGEBOTEN DER JUGENDARBEIT

Die Landeshauptstadt Hannover verfügt über umfassende Programme und Angebote für Kinder und Jugendliche. Dieses im niedersachsenweiten Vergleich einmalige Engagement im Bereich der Jugendarbeit wird von der AfD Hannover im Grundsatz befürwortet. Leider ist jedoch festzustellen, dass nicht alle mit Steuermitteln geförderten Projekte und Initiativen einen sinnvollen pädagogischen Beitrag leisten.

Nicht notwendig ist es aus Sicht der AfD Hannover beispielsweise, im Rahmen der sog. „Initiativen zur kulturellen Bildung“ Kinder ab 4 Jahren über sog. „Fake News“ aufzuklären. Ebenso erscheint es fragwürdig bis überflüssig, Kindern zwischen 6 und 11 Jahren im Rahmen eines „soziokulturellen Kunstprojekts“ namens „Experimentierlabor 'Fremd'“ ein „Klima der Offenheit“ für „Geflüchtete“ vermitteln zu wollen.

Die AfD Hannover fordert stärkere Qualitätskontrolle im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere sind stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen bei Projekten und Initiativen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die öffentlichen Mittel tatsächlich im Sinne der jungen Einwohner Hannovers verwendet werden. Eine frühkindliche politische Indoktrination hat zu unterbleiben.

10.6 EINE FUNKTIONIERENDE GESELLSCHAFT DARF NIEMANDEN VERGESSEN – FÜR DIE SCHAFFUNG ANGEMESSENER VERHÄLTNISS BEI DER UNTERBRINGUNG VON OBDACHLOSEN



Lange Zeit waren in der Landeshauptstadt Hannover die Standards für die Unterbringung von Obdachlosen geringer als für „Flüchtlinge“. Dieser ungerechte und unhaltbare Zustand änderte sich erst in der vergangenen Ratsperiode, nachdem die AfD erstmals im Jahr 2016 in den Rat der Landeshauptstadt Hannover eingezogen war.

Auch in Zukunft wird die AfD Hannover ihren Finger in die Wunde legen und sich für eine weitere Verbesserung der Unterbringungssituation für obdach- und wohnungslose Menschen einsetzen. Hierzu zählen insbesondere eine generelle Verkleinerung der Unterkünfte sowie die vermehrte Schaffung von Zwei-Bett-Zimmern in Wohnheimen und Notunterkünften. Die Verwaltung hat zudem sicherzustellen, dass ausreichend abschließbare Spinde zur sicheren Verwahrung privater Gegenstände zur Verfügung stehen. Auch ist Betreuungspersonal in ausreichendem Umfang vorzuhalten, um die Betroffenen umfassend beraten und ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen zu können.

10.7 EINE MENSCHENWÜRDIGE UNTERBRINGUNG VON OBDACHLOSEN IST AUCH EINE FRAGE DER ANZAHL – GEGEN EINE ÜBERFORDERUNG DER KAPAZITÄTEN DURCH EU- ARMUTSZUWANDERUNG

Um eine erhebliche Verbesserung der Unterbringungsqualität für Obdach- und Wohnungslose zu ermöglichen, ist es allerdings dringend erforderlich, die Anzahl der Obdach- und Wohnungslosen zu reduzieren. Denn eine substantielle Verbesserung der Unterbringungssituation wird sich mittelfristig nur durch eine stärkere Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf eine kleiner werdende Gruppe von Betroffenen erreichen lassen.



Denn zur Wahrheit gehört auch, dass es sich bei einem erheblichen Teil der ca. 5.000 obdach- und wohnungslosen Menschen in Hannover um Zuwanderer aus Osteuropa handelt, die ganz überwiegend über keinerlei Bleiberecht in Deutschland verfügen. So geht die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. davon aus, dass in Metropolen wie Hannover der Anteil der Personen auf der Straße aus dem Personenkreis der EU-Bürger, vorwiegend aus dem osteuropäischen Raum, ca. 50 Prozent beträgt.

Die AfD Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, diese Thematik endlich entschlossen anzugehen, um mit den frei werdenden Ressourcen die Situation der tatsächlich Anspruchsberechtigten zu verbessern. Neben freiwilligen Hilfen zur Rückreise in die jeweiligen Heimatländer sind durch das Ausländeramt auch Abschiebungen zu forcieren.



11. UMWELT

11.1 UMWELTSCHUTZ STATT KLIMAHYSTERIE – GANZHEITLICHE UMWELTPOLITIK STATT MILLIONENAUSGABEN FÜR FRAGWÜRDIGE IDEOLOGIE

Wir „leugnen“ keineswegs, dass es einen Klimawandel gibt und auch schon immer gegeben hat. Aber die These, dieser Klimawandel sei einzig und allein bzw. maßgeblich menschengemacht, ist durchaus nicht so unumstritten, wie Politik und Medien uns glauben machen wollen. Doch selbst unter der Annahme, es sei so, ist es unsinnig, von Deutschland mit seinem bescheidenen Anteil von etwa 2 Prozent an den weltweiten „menschengemachten“ CO₂-Emissionen, die Rettung der Welt zu erwarten.

Zumal zum Beispiel Chinas CO₂-Ausstoß weiter steigt und das Land jedes Jahr etwa so viel CO₂ zusätzlich ausstößt, wie Deutschland jährlich insgesamt emittiert. Umso albern ist es, anzunehmen, noch so große Anstrengungen einer Stadt wie Hannover zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes könnten auch nur die geringsten Auswirkungen auf das Weltklima haben. Die sinnlosen Millionenausgaben der Landeshauptstadt Hannover für Projekte wie die Schaffung einer „klimaneutralen Region Hannover“ oder das „Klimafest autofreier Sonntag“ lehnt die AfD Hannover daher ab.

Selbstverständlich will auch die AfD in einer sauberen und gesunden Umwelt leben und die natürliche Tier- und Pflanzenwelt erhalten. Es entspricht klassischem konservativem Denken, die natürlichen Ressourcen zu schonen und zu bewahren. Und auch der stete Kampf gegen die Vermüllung und Verwahrlosung des öffentlichen Raums ist ein Beitrag zum Umweltschutz – klassische Umweltpolitik eben, für welche auch die AfD Hannover steht.



11.2 DIE "ENERGIEWENDE" IST EIN TEURER UND GEFÄHRLICHER UNFUG – OHNE KONVENTIONELLE KRAFTWERKE GEHT ES NICHT

Schon 2014 sagte der SPD-Politiker Sigmar Gabriel: „Die Energiewende steht kurz vor dem Aus. Die Wahrheit ist, dass wir die Komplexität der Energiewende auf allen Feldern unterschätzt haben. Die anderen Länder in Europa halten uns sowieso für Bekloppte.“ Diese Auffassung teilt die AfD Hannover. Es ist eine teure und gefährliche Illusion, zu glauben, eine (Noch-)Industrienation wie Deutschland könnte ihren Strombedarf zum weit überwiegenden Teil aus Wind- und Sonnenenergie decken.

Diese Energiequellen stehen nicht zuverlässig zur Verfügung ("Zappelstrom") – und manchmal auch gar nicht, nämlich dann, wenn es dunkel und windstill ist ("Dunkelflaute"). Die Förderung der Landeshauptstadt Hannover für den Solarstrom ist deshalb einzustellen.

Es liegt offen auf der Hand, dass der Strom irgendwo herkommen muss, wenn Wind und Sonne einmal nicht liefern – zumal, solange es keine wirtschaftlichen Speichermedien für diese volatilen Energien gibt. (Entgegen der Annahme einer Grünen-„Spitzenpolitikerin“ ist das Netz nicht der Speicher).

Zudem sieht es nicht so aus, dass es diese Speichermedien in absehbarer Zeit geben wird. Da Wasserkraft und Biomasse keine nennenswerte Rolle spielen und auch nicht spielen werden, bleiben – abgesehen von einer unsicheren Stromversorgung durch das Ausland – nur die zuverlässigen konventionellen Kraftwerke. Und da sich Deutschland törichterweise zunehmend von der Kernkraft verabschiedet, können das nur Kohlekraftwerke sein.



Bestrebungen, das Kohlekraftwerk Stöcken vorzeitig vom Netz zu nehmen – und es überhaupt vom Netz zu nehmen! – erteilt die AfD Hannover eine klare Absage.

11.3 SCHÜTZT UNSERE KLEINGÄRTEN – VERDICHTUNG MUSS AUCH AUF DIESE STÄDTISCHEN NATURRÄUME RÜCKSICHT NEHMEN

Selbstverständlich müssen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch umfassende Möglichkeiten zur Verdichtung geprüft und genutzt werden. Allerdings ist festzustellen, dass im Stadtgebiet Hannovers zunehmend das Augenmaß für eine Verdichtung in der Fläche verloren gegangen ist. So müssen auch immer mehr Kleingärten der massiven Wohnbebauung weichen (zum Beispiel der Kleingärtnerverein Rabenhorst-Schorbusch e.V. und der Kleingartenverein Friedenau e.V.).

Dieser Verlust von Kleingärten und grünen Oasen hat nicht nur eine negative Wirkung auf die heimische Tier- und Pflanzenwelt, sondern geht für die Betroffenen auch mit einem erheblichen Verlust von Lebensqualität einher.

Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, bestehende Kleingartenflächen zu erhalten. Zum Ausgleich für bereits überbaute oder in naher Zukunft wegfallende Flächen sollen darüber hinaus 500 neue Kleingartenparzellen im Stadtgebiet Hannover bis zum Jahr 2030 geschaffen werden.



11.4 FÜR EIN EINE VERBESSERUNG UNSERES STADTKLIMAS – MEHR GRÜN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Mit dem Stadtwald Eilenriede, Naherholungsgebieten wie dem Maschsee sowie vielen Parks ist Hannover bereits eine der grünsten Großstädte Deutschlands. Dennoch sollte sich die Stadt hierauf nicht ausruhen, sondern weiterhin versuchen, möglichst viele Blumen, Bäume und Sträucher im öffentlichen Raum zu integrieren. Denn die urbane Pflanzenwelt verbessert nicht nur das Stadtklima und erhöht damit die Lebensqualität, sondern sorgt auch für eine stärkere Identifikation der Menschen mit ihren Vierteln.

Die AfD Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, weiterhin nach innovativen Möglichkeiten zu suchen, die Natur stärker in den öffentlichen Raum einzubinden. Dabei ist insbesondere die Begrünung von Flachdächern sowie von Fassaden städtischer Gebäude zu prüfen. Auch die Konzepte zur Anlage und Sanierung von Straßen sollten weiterhin mit üppigen bepflanzbaren Versickerungsflächen geplant werden. Zudem wird die AfD Hannover nach erfolgter Haushaltskonsolidierung anregen, die Möglichkeit der Errichtung von Dachparks in der Innenstadt zu prüfen.

11.5 EINE STADT MUSS „ATMEN“ – FÜR EIN UMFASSENDES PROGRAMM ZUR ENTSIEGELUNG VON BODENFLÄCHE IM STADTGEBIET

Der Boden ist ein wertvolles Naturgut. Er bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen ist er essentieller Bestandteil des Ökosystems. Zudem nimmt er wichtige Filterfunktionen wahr.



Leider ist festzustellen, dass der Boden in Städten durch den stetig wachsenden Versiegelungsgrad zunehmend seiner natürlichen Funktionen beraubt wird. Dabei ist leider auch in Hannover immer wieder zu beobachten, dass es nicht immer gelingt, das Ziel eines möglichst schonenden Umgangs mit der Ressource Boden im Rahmen von Baumaßnahmen ausreichend zu berücksichtigen. Als besondere Negativbeispiele seien hier die Gestaltung des Trammplatzes oder des Schützenplatzes durch die Stadtverwaltung genannt..

Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, das Bewusstsein für das Thema der Flächenentsiegelung zu schärfen. Um als öffentliche Hand mit gutem Beispiel voranzugehen, soll zudem ein entsprechendes Programm für die Umgestaltung kommunaler Flächen aufgelegt werden.

11.6 INSEKTEN SIND UNVERZICHTBARER BESTANDTEIL UNSERES ÖKOSYSTEMS – FÜR DIE ERHALTUNG UND DIE SCHAFFUNG INSEKTENFREUNDLICHER LEBENSÄUME

Insekten erfüllen eine wichtige Funktion im Ökosystem und bereichern das Leben der Menschen auch in der Stadt. Die Bemühungen der Stadtverwaltung, die Insekten- und besonders die Bienenvielfalt im Stadtgebiet zu erhöhen, sind deshalb zu befürworten. Zu diesem Zwecke setzt sich die AfD Hannover dafür ein, öffentliche Grünanlagen möglichst ökologisch zu bewirtschaften. Auf Pestizide soll nach Möglichkeit verzichtet werden.

Dort, wo dies mit den Verkehrssicherungspflichten der Stadt in Einklang steht, sollen zudem Blätter, Zweige und andere Pflanzenreste als Nist- und Überwinterungsplätze liegenbleiben. Darüber hinaus setzt sich die AfD Hannover für die Schaffung von weiteren Blühwiesen sowie für die Bereitstellung von weiteren Insektenhotels im Stadtgebiet ein.



12. WAHLAUFRUF

Die Alternative für Deutschland stellt sich Ihnen am 12. September 2021 in Stadt und Region zur Wahl. Sie will eine politische Alternative zur Politik der etablierten Alt-Parteien in Hannover bieten. Mit unserem Kommunalwahlprogramm „Politik für Hannover“ zeigen wir Ihnen, wie wir die Zukunft unserer Region gestalten, die Lebensqualität erhöhen und den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung stärken wollen.

Unser Wahlprogramm ist eine gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen und verfilzten Politik der etablierten Alt-Parteien. Wir wollen Kommune und Gesellschaft dezentral, volks- und basisnah gestalten und dadurch die Bürgerschaft stärken.

**Wir wollen, dass Sie in
Stadt und Region Hannover
sicher und frei leben können!**

Unterstützen Sie unsere Politik!

**Wählen Sie am 12. September 2021 die
Alternative für Deutschland!**



Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Für die bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2021 sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen.

Jede Zuwendung hilft!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

Kommunalwahl 2021



Wählen Sie die **AfD!**

AfD Kreisverband Hannover Stadt
www.afd-hannover.de

AfD Kreisverband Hannover Land
www.afd-hannover-land.de
Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-hannover.de

SPENDENKONTEN:

AfD Kreisverband Hannover Stadt
IBAN: DE67 2505 0180 0910 2231 30
Sparkasse Hannover
AfD Kreisverband Hannover Land
IBAN: DE64 2505 0180 0910 1892 34
Sparkasse Hannover

